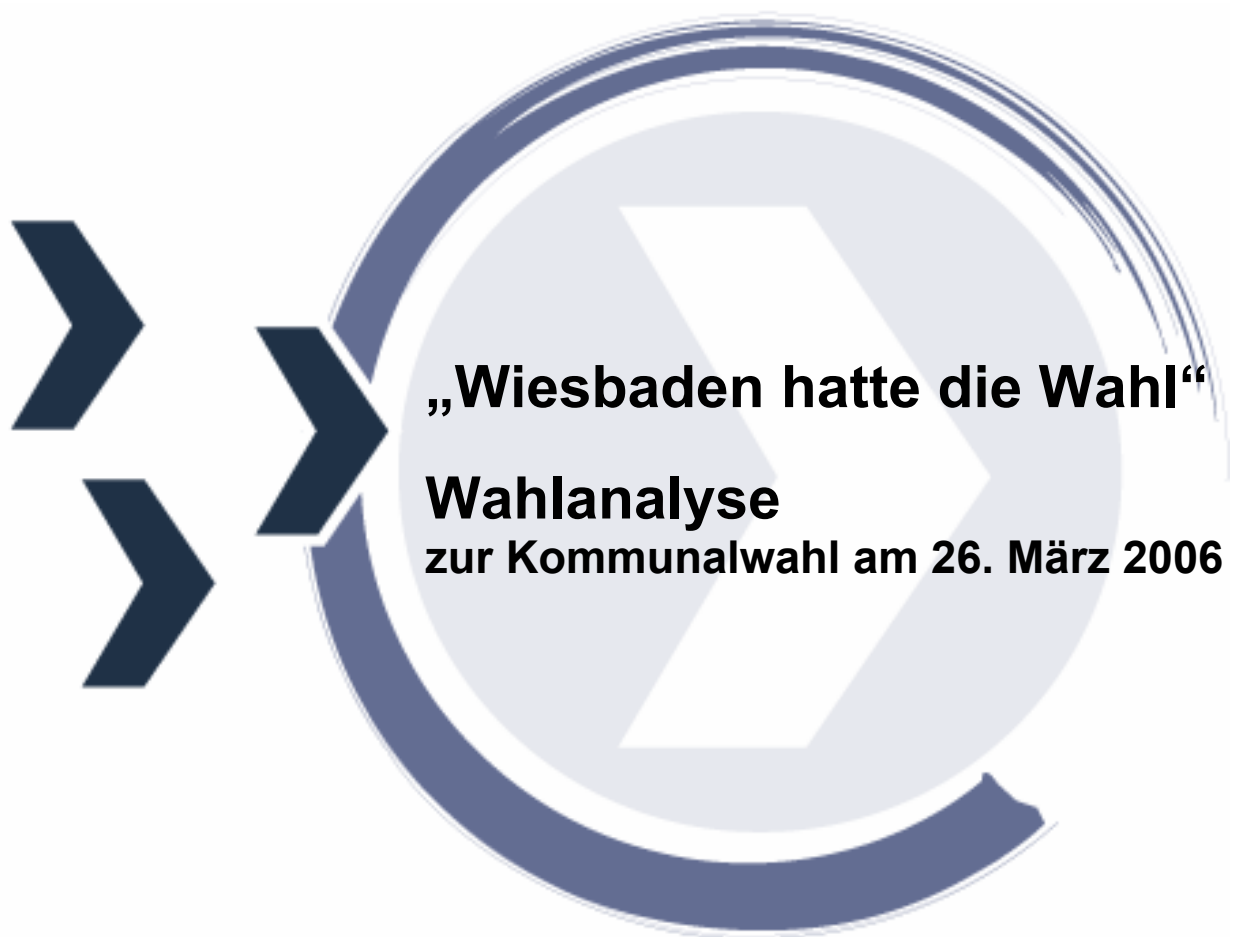




WIESBADEN
LANDESHAUPTSTADT

Amt für Wahlen,
Statistik und Stadtforschung



„Wiesbaden hatte die Wahl“

Wahlanalyse

zur Kommunalwahl am 26. März 2006

Herausgeber

Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Wahlen,
Statistik und Stadtforschung
Wilhelmstraße 32, 65183 Wiesbaden

Bezug

Amt für Wahlen,
Statistik und Stadtforschung
Information & Dokumentation
Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

Tel.: 06 11/31-25 83
FAX: 06 11/31-39 62
E-Mail: dokumentation@wiesbaden.de
Internet: www.wiesbaden.de/wahlen

Schutzgebühr: 15 €, zuzüglich Versandkosten



Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung, auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet und mit der Bitte um ein Belegexemplar.

Für gewerbliche Zwecke ist es grundsätzlich nicht gestattet diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme zu speichern.

Wiesbaden hatte die Wahl

Seite

► Stadtverordnetenwahl

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl im Überblick	5
Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	19
Zum Abschneiden der Bewerberinnen und Bewerber	27
Parteienergebnisse in den Stadtteilen	37

► Repräsentative Wahlstatistik

Struktur der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht	47
Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht	53

► Wählerwanderungen zwischen den Stadtverordnetenwahlen 2001 / 2006 ..

73

► Ortsbeiratswahlen

- Ergebnisse der Ortsbeiratswahlen im Überblick	77
- Zum Abschneiden ausgewählter Bewerberinnen und Bewerber	81

ANHANG

► Stadtverordnetenwahl

Tab. 1:	Stimmen von unveränderten u. veränderten Stimmzetteln nach Wahlvorschlägen bei der Stadtverordnetenwahl 2006	7
Tab. 2:	Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2006 und Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2001	9
Bild 1:	Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2006 - Gewinner und Verlierer - Sitzverteilung	10
Tab. 3:	Verankerung der Parteien in der Wiesbadener Bürgerschaft seit der Kommunalwahl 1985	12
Tab. 4:	Panaschierte Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl 2006	14
Tab. 5:	Die neu gewählten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung 2006 nach Partei, Listenplatz, Rangfolge und Rangänderung sowie Stimmenanzahl	16
Bild 2:	Wahlbeteiligung in Wiesbaden bei Bundestagswahlen, Landtagswahlen, Kommunalwahlen und Europawahlen seit 1977	19
Bild 3:	Wahlbeteiligung in den Ortsbezirken	21
Tab. 6:	Wahlbeteiligung und Abschneiden der Parteien	22
Tab. 7:	Die fünf Ortsbezirke mit den höchsten Briefwähleranteilen und mit den niedrigsten Briefwähleranteilen	23
Tab. 8:	Stimmabgabe von Brief- und Urnenwähler/-innen	24
Tab. 9:	Brief- und Urnenwähler/-innen und das Wahlsystem	25
	Auf- und Absteiger der ...	
Tab. 10:	- CDU	28
Tab. 11:	- SPD	29
Tab. 12:	- GRÜNEN	29
Tab. 13:	- FDP	30
Tab. 14:	- REPUBLIKANER	31
Tab. 15:	- LiLi	31
Tab. 16:	- BüSo	32
Tab. 17:	- BLW	33
Bild 4:	Durchschnittliche Abweichung zwischen Listenplatz und erzieltm Rangplatz	33
	Bewerber/-innen mit den meisten ...	
Tab. 18:	- Einzelstimmen	35
Tab. 19:	- Streichungen	35

	Seite
Stimmenanteile der ... in den Ortsbezirken	
Bild 5: - CDU	38
Bild 6: - SPD	39
Bild 7: - GRÜNEN	40
Bild 8: - FDP	41
Bild 9: - REPUBLIKANER	42
Bild 10: - LiLi	43
Bild 11: - BüSo	44
Bild 12: - BLW	45
 ► Repräsentative Wahlstatistik	
Tab. 20: Zahl der Wahlberechtigten bei Stadtverordnetenwahlen seit 1985	47
Wahlberechtigtenstruktur in Wiesbaden	
Bild 13: Jung und Alt, Frauen und Männer	48
Bild 14: Diesmal mehr Wahlberechtigte in Wiesbaden	48
Tab. 21: Wahlbeteiligung in Wiesbaden	
Bild 15: nach Geschlecht und Altersgruppen bei den Kommunalwahlen 1993 bis 2006	51
Tab. 22: Nutzung des neuen Kommunalwahlrechts	55
...-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2006/2001	
Bild 16: CDU	57
Bild 17: SPD	57
Bild 18: GRÜNEN	59
Bild 19: FDP	59
Bild 20: REPUBLIKANER	61
Bild 21: BLW	61
Bild 22: Kommunalwahlen seit 1985 ... Frauen haben höheren Stimmenanteil als Männer	62
Bild 23: Wahlentscheidung nach Geschlecht und Altersgruppen bei der Kommunalwahl 2006	64
Tab. 23: Wahlentscheidung nach Geschlecht und Altersgruppen bei den Kommunalwahlen 2006 und 2001	66
Tab. 24: Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2006	67
Bild 24: Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien bei der Kommunalwahl 2006	69
Tab. 25: Alters- und geschlechtsspezifisches Votum für die neuen Mandatsträger/-innen	71

► Wählerwanderungen zwischen den Stadtverordnetenwahlen 2001 / 2006

Bild 25: Bilanz der Wählerwanderungen in Wiesbaden zwischen den Stadtverordnetenwahl 2001 / 2006	74
---	----

► Ortsbeiratswahlen

Tab. 26: Bewerber/-innen in Doppelfunktion ... - Ortsbeiratswahl - Stadtverordnetenwahl	79
Tab. 27: Sitzverteilung in den 26 Ortsbeiräten nach dem vorläufigen Wahlergebnis 2006 - Vergleich mit entsprechender Wahl 2001	80
Tab. 28: Die Nutzung des Wahlsystems bei der Stadtverordnetenwahl und bei den Ortsbeiratswahlen 2006 / 2001	82
Tab. 29: Stimmenbeitrag des Spitzenkandidaten zum Gesamtergebnis der Partei	84

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl im Überblick

*Kommunalwahl 2006
heißt in Wiesbaden:
Stadtverordnetenwahl
und Ortsbeiratswahl*

Die Kommunalwahl am 26. März 2006 gab der Wählerschaft in Wiesbaden ein weiteres Mal die Möglichkeit, ihr Votum für zwei verschiedene politische Gremien abzugeben:

Für die Stadtverordnetenversammlung - diese Wahl steht oft synonym für die Kommunalwahl - und für die jeweiligen Ortsbeiräte, die in Wiesbaden in 26 Ortsbezirken der Stadt versuchen, die Entwicklung der Teilräume politisch so zu beeinflussen, dass sie sowohl für den Ortsbezirk als auch für die Landeshauptstadt Wiesbaden insgesamt von Vorteil ist.

*81 Stimmen
bei der Stadtverordnetenwahl*

Bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung hatte die Bürgerschaft wieder 81 Stimmen zu vergeben, die sie auf acht Parteien verteilen konnte. Das waren zwei politische Gruppierungen mehr als vor fünf Jahren. Neben den bisher in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien stellte sich die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo), die auch schon bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr in Wiesbaden kandidierte und die Bürgerliste Wiesbaden (BLW) neu zur Wahl. Beide Gruppierungen hatten nur Wahlvorschläge für die Stadtverordnetenversammlung eingereicht. Aufgrund des Wegfalls der 5 %-Hürde war davon auszugehen, dass ihr Einzug ins Stadtparlament gelingen könnte und damit mehr Parteien in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sein würden als bisher.

8 Parteien kandidierten

*Der flexible Wahlmodus
ist immer noch eine Herausforderung*

Mit dem seit der letzten Kommunalwahl 2001 praktizierten Wahlverfahren, das nach den Grundsätzen des personalisierten Verhältniswahlrechts funktioniert, entscheidet die Wählerschaft wie bisher über die Stärke der einzelnen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung. Darüber hinaus wird sie jedoch durch die Möglichkeit des Kumulierens, Panaschierens und des Streichens sowie der verschiedenen Mischvarianten in die Lage versetzt, ihre eigenen Vorstellungen von der personellen Zusammensetzung des Stadtparlaments zum Ausdruck zu bringen. Dies setzt jedoch voraus, dass die Wählerschaft mit der Vielfalt der Gestaltungsmöglichkeiten bei der Stimmabgabe auch umgehen kann bzw. damit vertraut ist.

Darum galt das erste Augenmerk dem Umgang der Wählerschaft mit dem Stimmzettel. Als Indikatoren für dieses „Handling“ lassen sich herauskristallisieren:

- **Der Anteil ungültiger Stimmzettel**

Bei der Stadtverordnetenwahl hatten von den 79 239 Wähler/-innen 95 % einen gültigen Stimmzettel abgegeben. Damit lag der Anteil der ungültigen Stimmzettel bei 5 %, knapp 2 % mehr ungültige Stimmzettel als vor fünf Jahren (vgl. Tab. 2).

Da das hessische Wahlsystem - im Gegensatz zum personalisierten Verhältniswahlverfahren anderer Bundesländer - mehrere „Heilungsmöglichkeiten“ vorsieht, könnte die größere Anzahl ungültiger Stimmzettel durchaus ein Hinweis auf die noch geringe Vertrautheit mit den Wahlmöglichkeiten sein.

- **Die Stimmenausschöpfung**

Geht man von den gültigen Stimmzetteln und den möglichen Stimmen je Zettel aus, dann betrug die potentielle Stimmenzahl der gültigen Stimmzettel 6 104 484 Stimmen. Von diesem fiktiven Stimmen-Soll wurden 5 804 526 abgegeben, was einer Ausschöpfungsquote von 95,1 % entspricht. Bei der Kommunalwahl 2001 war die Ausschöpfungsquote noch leicht höher bei 96,4 % gelegen. Die Wähler/-innen haben dennoch gerade in Anbetracht der vielfältigen Möglichkeiten durchaus die Übersicht bewahrt und ihr Stimmenkontingent recht gut ausgenutzt.

- **Unveränderte und veränderte Stimmzettel**

In welchem Ausmaß die Wähler/-innen von ihrem Gestaltungsspielraum Gebrauch gemacht haben, gibt die Auswertung der Stimmzettel eine verlässliche Antwort.

Die einfachste Möglichkeit die 81 Stimmen abzugeben, ist die Wahl einer Partei per Listenzettel; damit ist ein Wahlvorschlag unverändert angenommen. Zum Ausdruck brachten diese Parteitreu 57 % der Wähler/-innen, d. h. eine gute Mehrheit machte von den verschiedenen Möglichkeiten keinen Gebrauch. 43 % hingegen nutzten das flexible Wahlverfahren, indem sie durch eigene Eintragungen ihre individuelle Wahlentscheidung trafen und partei-

orientiert oder parteiübergreifend bestimmte Kandidaten bevorzugten oder auch unerwünschte gestrichen haben.

Bei der Kommunalwahl 2001 wurden die vielfältigen Wahlmöglichkeiten von geringfügig mehr Wähler/-innen (44 %) genutzt, entsprechend war die Parteitreue der Wählerschaft etwas kleiner gewesen. Ob diese „intertemporäre Stabilität“ in der Nutzung des flexiblen Wahlverfahrens ein weiteres Zeichen für die noch geringe Vertrautheit mit dem neuen Wahlmodus ist, ist schwer zu sagen.

Wie aus Tab. 1 hervorgeht, waren die parteipolitischen Bindungen der REP-Wähler/-innen am stärksten, nur 28,7 % gaben ihrem Wunsch nach einer „Persönlichkeitswahl“ Ausdruck. Ebenfalls unterdurchschnittlich viele Stimmzetteleränderungen konnten die Christdemokraten und die Gruppierung BüSo verzeichnen, auch ihre Anhängerschaft war mehrheitlich mit den aufgestellten Listen zufrieden. Dagegen nahmen die Wähler von SPD, der LiLi wie auch die der Bürgerliste Wiesbaden überdurchschnittlich viele Veränderungen am Stimmzettel vor, während die Kandidatenaufstellung von der FDP durch Streichung oder Stimmenhäufung durchschnittlich verändert wurde. Für die anderen Wahlvorschläge lassen sich die Stimmenanteile aus unverändert und verändert abgegebenen Stimmzetteln aus Tab. 1 entnehmen.

Tab. 1:
Stimmen von unveränderten und veränderten Stimmzetteln nach Wahlvorschlägen bei der Stadtverordnetenwahl 2006

Wahlvorschlag	Stimmen von ... Stimmzetteln			
	unveränderten		veränderten	
	abs.	in %	abs.	in %
CDU	1 296 486	61,8	801 299	38,2
SPD	974 673	55,5	782 749	44,5
GRÜNE	423 630	60,3	278 872	39,7
FDP	311 202	59,3	213 792	40,7
REP	208 413	71,3	84 061	28,7
LiLi	110 889	58,8	77 752	41,2
BüSo	18 387	67,5	8 860	32,5
BLW	107 874	50,5	105 587	49,5
Insgesamt	3 451 554	59,5	2 352 972	40,5

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8470_01B.XLS



Bei der letzten Kommunalwahl hatte sich die Wählerschaft der verschiedenen Gruppierungen ähnlich verhalten: 2001 waren die Bewerberlisten von REP, CDU und FDP geringfügiger verändert worden als die von SPD und LiLi.

Wahlbeteiligung

Ob sich die Wahlbeteiligung als Indikator für die Akzeptanz des flexiblen Wahlsystems durch die Wiesbadener Bürgerschaft eignet, ist keine leicht zu beantwortende Frage, da sich schon früher ein genereller Trend zunehmender Enthaltung bei Wahlen mit geringerer politischer Bedeutung abgezeichnet hat. So ging auch bei dieser Wahl die „Partei der Nichtwähler/-innen“ als stärkste Gruppierung hervor, was auch schon bei der Stadtverordnetenwahl 2001 der Fall war. Gegenüber 2001 ist die Wahlbeteiligung allerdings nochmals erheblich gesunken (um 7,5 %-Punkte); ein historisches Beteiligungstief wurde erreicht!

Parteienergebnisse

Durch die Streichung der 5 %-Sperrklausel war der Weg für alle acht Parteien geebnet, um ins Stadtparlament einzuziehen. Geschafft haben es allerdings nur sieben der angetretenen Wählergruppen und dies mit unterschiedlichem Erfolg.

Von den beiden Großparteien hat die CDU mit 36,1 % der gültigen Stimmen ihr Ergebnis von 2001 nur um 0,4 %-Punkte verfehlt und wurde damit wieder stärkste Partei. Gegenüber der Kommunalwahl 2001 büßte die CDU rd. 5 640 Wähler/-innen (gewichtete Stimmen) ein. Die SPD musste größere Verluste hinnehmen, sie errang mit 30,3 % der Stimmen 4,4 %-Punkte weniger als vor 5 Jahren. Sie ist damit „der“ Verlierer dieser Wahl.

Die Bürgerliste Wiesbaden wollte zum „Shooting-Star“ der Kommunalwahl avancieren. Dies gelang nur bedingt: der Wahlvorschlag Nr. 8 erhielt bei seiner Premiere 3,7 % der gültigen Stimmen.

Tab. 2:
Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2006
und Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2001

Stadtverordnetenwahl					
2006			2001		
Wahlb. ohne Sperrv.	183.162		Wahlb. ohne Sperrv.	177.069	
Wahlb. mit Sperrv.	16.351		Wahlb. mit Sperrv.	20.389	
Wahlb. insges.	199.513		Wahlb. insges.	197.458	
Wähler/-innen	79.239		Wähler/-innen	93.137	
dav. mit Wahlschein	14.884		dav. mit Wahlschein	18.287	
Ungült. Stimmzettel	3.875		Ungült. Stimmzettel	3.141	
Gültige Stimmzettel	75.364		Gültige Stimmzettel	89.996	
Wahlbeteiligung	39,7 %		Wahlbeteiligung	47,2 %	
	Stimmen	Anteil		Stimmen	Anteil
CDU	2.097.785	36,1 %	CDU	2.567.529	36,5 %
SPD	1.757.422	30,3 %	SPD	2.438.572	34,7 %
GRÜNE	702.502	12,1 %	GRÜNE	719.234	10,2 %
FDP	524.994	9,0 %	F.D.P.	842.184	12,0 %
REP	292.474	5,0 %	REP	341.126	4,9 %
LiLi	188.641	3,2 %	LiLi	119.722	1,7 %
BüSo	27.247	0,5 %			
BLW	213.461	3,7 %			

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



Auch die Linke Liste Wiesbaden (LiLi) konnte einen Erfolg verbuchen; es gelang ihr bei dieser Wahl weitere Stimmen hinzuzugewinnen und 3,2 % der Wähler an sich zu binden.

5 % der abgegebenen Stimmen entfielen auf die REPUBLIKANER. Sie haben damit ihren Anteil am Gesamtergebnis zwar wieder gut erreicht, jedoch gegenüber 2001 570 Wähler/-innen (gewichtete Stimmen) verloren.

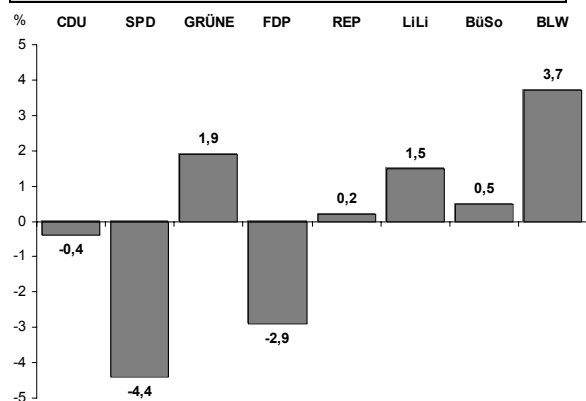
Zu den „größeren“ Verlierern der Wahl zählen die Freien Demokraten. Sie konnten - wie zu erwarten war - ihr Abstimmungsergebnis nicht wieder erreichen. Die Freien Demokraten sind nicht mehr drittstärkste Kraft im Stadtparlament und haben mit 9,0 % der Stimmen ihr Ziel, wieder ein „zweistelliges Ergebnis“ einzufahren, nicht erreicht. Ihre Verlust-Rechnung fällt jedoch geringer aus als die der Sozialdemokraten.

Die FDP verlor gegenüber der Kommunalwahl 2001 rd. 4 000 Wähler/-innen (gewichtete Stimmen), während den Sozialdemokraten bei dieser Wahl gegenüber 2001 etwa 8.400 Wähler/-innen (gewichtete Stimmen) abhanden gekommen sind.

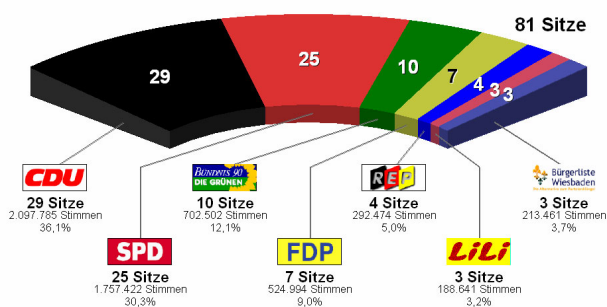
DIE GRÜNEN erreichten mit einem Stimmenanteil von 12,1 % ein besseres Ergebnis als vor fünf Jahren. Damit sind sie wieder drittstärkste Kraft im Stadtparlament. Der erstmals bei Kommunalwahlen angetretenen Wählergruppe der BüSo gelang dagegen der Sprung in die Stadtverordnetenversammlung trotz Wegfalls der 5 %-Hürde nicht.

Bild 1:
Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2006 in Wiesbaden

**„GEWINNER“ und „VERLIERER“
im Vergleich
zur Stadtverordnetenwahl 2001**



Von den 81 Sitzen entfallen auf ...



KW 2006 = BüSo und BLW kandidierten erstmalig

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8470_02B.XLS



*Gewinn- und Verlust-Rechnung
für ...*

Die Gewinn- und Verlust-Rechnung sieht in der Bilanz damit folgendermaßen aus: Bei erheblich gesunkener Wahlbeteiligung haben in Wiesbaden bei der Stadtverordnetenwahl ...

GRÜNE und REP

- die GRÜNEN und die REPUBLIKANER ihre Anteilswerte an den insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen erhöhen bzw. stabilisieren können, wobei die GRÜNEN eher unflexible Wähler/-innen aufwiesen (unveränderte Stimmzettel).

CDU, SPD und FDP

- CDU, SPD und die Freien Demokraten in unterschiedlichem Umfang Stimmenanteile verloren, was die CDU nicht die Vormachtstellung kostete, die Parteigänger der SPD um gut ein Viertel reduzierte und die FDP unter die 10 %-Marke brachte.

BLW und LiLi

- die BLW bei ihrer ersten Kandidatur nicht grandios abgeschnitten und die LiLi einen (weiteren) Achtungserfolg eingefahren.

BüSo

- die BüSo den Einzug ins Stadtparlament knapp verfehlt.

Sitzverteilung

Die zukünftige Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung sieht damit folgendermaßen aus:

Der CDU stehen 29 statt bisher 30 Sitze zu, die SPD musste 3 Sitze abgeben und verfügt nun über 25 Mandate. Die FDP stellt aufgrund ihres Abscheidens nur noch sieben Delegierte, drei weniger als 2001. Die REPUBLIKANER mussten keine Federn lassen, sie werden im zukünftigen Stadtparlament wieder mit vier Abgeordneten vertreten sein. Der Stimmenerfolg der GRÜNEN machte sich auch bei der Mandatsverteilung bemerkbar; mit zehn Sitzen erreichen sie zwei Mandate mehr als 2001 (Bild 1). Auf Anhieb konnte die BLW drei Sitze im Stadtparlament erringen und auch die LiLi ist nun mit drei Mandaten im Parlament vertreten.

*Verankerung der Parteien
in der Wiesbadener Bürgerschaft*

Neben der Repräsentanz der einzelnen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung ist der Gesichtspunkt, wie stark die einzelnen Gruppierungen überhaupt in der Wiesbadener Bürgerschaft verankert sind, ein zweites, nicht unwesentliches Moment. Der Relation des parteispezifischen Abstimmungsergebnisses zur Zahl der Wahlberechtigten (also Ausblendung der allgemeinen Wahlbeteiligung) lässt sich entnehmen, wie groß die Integrationskraft der politischen Gruppierungen zum jeweiligen Zeitpunkt der Wahl ist.

... ist für die SPD wie ...

Für die SPD lässt sich sagen, dass sie in den vergangenen 20 Jahren im Durchschnitt rd. 24 % der Wahlberechtigten an sich binden konnte. Die Tab. 3 zeigt auch, dass die Integrationskraft in diesen 20 Jahren Schwankungen unterworfen war und sich zuletzt rapide verringert hatte. Die SPD fand 2001 nur noch bei jedem sechsten Wiesbadener Bürger Zuspruch, ein Wert, den sie bei der diesjährigen Wahl noch unterschritt (vgl. Tabelle 3). Sie konnte nur noch jeden achten Bürger an sich binden!

Tab. 3:
Verankerung der Parteien in der Wiesbadener Bürgerschaft seit der Kommunalwahl 1985
(Stimmenanteile in v. H. der Wahlberechtigten)

Kommunalwahl	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	REP	LiLi	BLW
1985	27,4	28,5	4,5	4,1	-	-	-
1989	22,8	33,8	6,0	4,8	-	-	-
1993	18,2	21,3	7,5	4,4	8,3	-	-
1997	20,0	21,3	7,9	2,5	5,8	-	-
2001	16,7	15,8	4,7	5,5	2,2	0,8	-
2006	13,7	11,4	4,6	3,4	1,9	1,2	1,4

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



... für die CDU
kleiner geworden

Über die 20 Jahre gesehen war die Verankerung der CDU in der Bürgerschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht ganz so groß wie die ihrer direkten Konkurrentin, d. h. im Schnitt band sie ca. 21 % der Wahlberechtigten an sich. Aber im Gegensatz zur schwankenden Integrationskraft der SPD zeigte die Verankerung der CDU in der Wiesbadener Bürgerschaft eine eindeutigere Tendenz: Mit Ausnahme der Kommunalwahl 1997 ging sie seit 1985 kontinuierlich zurück. Bei der vergangenen Stadtverordnetenwahl betrug die „Integrationsquote“ knapp 14 %.

Die GRÜNEN konnten bei der Stadtverordnetenwahl bis 1997 immer mehr Wahlberechtigte an sich binden, verloren dann aber an Anziehungskraft, die sich bei der jetzigen Wahl in etwa auf dem Niveau von 2001 eingependelt hat.

Die Akzeptanz der FDP bei den Wiesbadener Bürger/-innen war nie allzu groß, aber bis auf ihren Einbruch 1997 relativ stabil. Nach einer guten Regenerierung ihrer Integrationskraft 2001 verlor die FDP wieder an Akzeptanz und kann nur noch 3,4 % der Wahlberechtigten an sich binden (vgl. Tab. 3).

... für die REPUBLIKANER

Den REPUBLIKANERN war es bei ihrem Erstauftritt 1993 in Wiesbaden gelungen, rd. 8 % der Wahlberechtigten an sich zu binden. Seither ging die Akzeptanz immer mehr zurück. Nur noch 1,9 % der Wahlberechtigten fanden jetzt diese Partei attraktiv.

Die Linke Liste Wiesbaden konnte bei ihrer Erstkandidatur nur wenig Resonanz bei den Bürger/-innen finden; inzwischen hat sie 1,2 % der Wahlberechtigten an sich gebunden.

Dass dies noch besser gehen kann, zeigt die BLW. Ihre Akzeptanz in der Wiesbadener Bürgerschaft lag bei der vergangenen Stadtverordnetenwahl auf Anhieb bei 1,4 %.

*Stimmenherkunft
nach Wahlvorschlägen*

Die von den Parteien errungenen Stimmen können auf Grund des flexiblen Wahlverfahrens unterschiedlicher Herkunft sein. Sie können von parteitreuen Wähler/-innen stammen, die die von der Partei aufgestellte Bewerber/-innen-Liste so übernehmen wie sie ist. Parteiorientierte Wähler/-innen sind zwar grundsätzlich mit dem Wahlvorschlag ihrer Partei einverstanden, wollen aber durch entsprechende Eintragungen dem / der einen oder anderen Bewerber/in eine andere Platzierung in der Liste geben. Außerdem können Parteien Stimmen von parteiübergreifenden Wähler/-innen erhalten, die zwar eine „Lieblings-Partei“ haben, jedoch einzelnen Kandidaten anderer Listen ebenfalls einige Stimmen zukommen lassen wollen (panaschieren). Darüber hinaus erhalten Parteien Stimmen von Wähler/-innen, die sich an **keine** Liste gebunden fühlen und nur Kandidaten wählen. Bei der Stadtverordnetenwahl am vergangenen Sonntag dokumentierte sich dieses Wahlverhalten bei 10 % der gültigen Stimmzettel. 2001 hatten nur 9 % der Wähler ohne Listenkreuz abgestimmt.

*Panaschierungsbilanzen
der einzelnen Parteien*

Besonders interessant sind alle Stimmenbewegungen, die sich nach Herkunft und Ziel identifizieren lassen, d. h. die Stimmengewinne und -verluste der Wahlvorschläge durch Panaschieren. Wie die nachfolgende Tab. 4 zeigt, sind nur die Panaschierungsbilanzen der beiden Großparteien SPD und CDU negativ. Die anderen Wahlvorschläge profitierten von den Stimmenbewegungen im Rahmen des Panaschierens.

**Tab. 4:
Panaschierte Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl 2006**

An Wahl- vorschlag ...	Von Wahlvorschlag ...								Insgesamt von anderen Wahlvorschlägen erhalten ...
	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	REP	LiLi	BüSo	BLW	
	abs.								
CDU	-	6 316	2 732	7 337	1 602	353	115	2 461	20 916
SPD	9 176	-	16 248	2 723	779	3 040	186	2 591	34 743
GRÜNE	3 126	19 394	-	1 540	232	2 970	129	1 699	29 090
FDP	15 615	3 318	1 946	-	399	206	119	1 877	23 480
REP	1 807	486	149	624	-	152	155	516	3 889
LiLi	371	3 555	4 276	194	191	-	44	410	9 041
BüSo	178	476	322	100	71	99	-	120	1 366
BLW	4 033	3 131	2 333	1 584	463	426	136	-	12 106
Insgesamt an andere Wahlvorschläge abgegeben ...	34 306	36 676	28 006	14 102	3 737	7 246	884	9 674	134 631
Saldo	- 13 390	- 1 933	+ 1 084	+ 9 378	+ 152	+ 1 795	+ 482	+ 2 432	

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8470_04B.XLS



Insbesondere die FDP gewann an Stimmen hinzu, während die GRÜNEN und auch die REPUBLIKANER auf diesem Wege weniger Stimmen an Land ziehen konnten, aber immer noch über eine positive Bilanz verfügen. Das Stimmenpaket an die LiLi war insofern beachtlich, da von allen anderen Parteien, insbesondere von den GRÜNEN und den Sozialdemokraten, deutlich mehr an Stimmen zu dieser Liste kamen als im „Tausch“ zurückgingen. Aber auch die BLW profitierte in erheblichem Maße von der Panaschiermöglichkeit. Sie erhielt vor allem von den Wählern von CDU und SPD an Stimmen, so dass die Bürgerliste in der Bilanz mehr als 2 400 Stimmen „zusätzlich“ einfahren konnte (vgl. Tab. 4).

Insgesamt zeigt die Panaschiermöglichkeit auch in Wiesbaden gewisse Grundstrukturen auf. Das „Geben und Erhalten“ spielt sich weitgehend in bekannten Strukturen ab: Zum einen innerhalb des rot-grünen Lagers mit einer gewissen „Dependance“ zur LiLi und zum anderen innerhalb von schwarz-gelb mit einer kleinen Verkettung mit der Bürgerliste.

*Gewählte Mitglieder der
Stadtverordnetenversammlung*

Betrachtet man neben den Ergebnissen der Parteien auch die der einzelnen Bewerber/-innen, dann führten die Kumulier- und Panaschierstimmen, aber auch die Streichungen bei den einzelnen Parteien zu deutlichen Veränderungen der Kandidatenreihenfolge. Zwar wurden die vornplatzierten Bewerber/-innen der erfolgreichen Parteien auf ihren Listenplätzen weitgehend bestätigt. Dennoch schnitten einige Kandidat/-innen besser bzw. schlechter ab als die Listenposition, die ihnen ihre Partei zugedacht hatte. Sowohl bei der SPD wie bei der CDU lassen sich einige bemerkenswerte Verschiebungen erkennen; ihre Wähler/-innen korrigierten die aufgestellten Listen z. T. deutlich. So konnten die gewählten Bewerber/-innen der SPD im Schnitt sieben Plätze gutmachen, wenn sie mit Hilfe der Persönlichkeitswahl in der Liste nach „oben“ votiert wurden (bei der CDU im Durchschnitt sechs Plätze). Bei Nichtberücksichtigung verloren die Gewählten dagegen im Durchschnitt drei Plätze (bei der CDU im Schnitt vier Plätze). Diese Neupositionierung durch das Auf- und Abwählen war bei den anderen Parteien nicht in dem Ausmaße gegeben, wenn man sich nur auf die zukünftigen Mandatsträger konzentriert. Wie sich die neu gewählten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung im Einzelnen positionieren und welchen Parteien sie zugehörig sind, ist der nachfolgenden Tab. 5 zu entnehmen.

Tab. 5:
Die neu gewählten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung 2006
nach Partei, Listenplatz, Rangfolge und Rangänderung sowie Stimmenanzahl **CDU**

Partei	Rang- folge	Listen- platz	Rang- änderung	Stimmen	BewerberIn
► CDU	1	2	+ 1	35 392	Thiels, Angelika
	2	1	- 1	33 366	Lorenz, Bernhard
	3	4	+ 1	32 709	Nickel, Wolfgang
	4	30	+ 26	30 541	Jentsch, Dr., Doris
	5	5	+ 0	30 519	Scholz, Rose-Lore
	6	3	- 3	29 929	Kessler, Hans-Martin
	7	9	+ 2	29 104	Weinerth, Ulrich
	8	6	- 2	29 014	Oschmann, Petermartin
	9	7	- 2	29 012	Petri, Marion
	10	15	+ 5	28 922	Niedenthal, Erhard
	11	14	+ 3	28 865	Schlempp, Dieter
	12	16	+ 4	28 699	Laubmeyer, Manfred
	13	8	- 5	28 519	Spruch, Claudia
	14	19	+ 5	28 513	Pfeifer, Rainer
	15	10	- 5	28 490	Glas, Rudolf-Lothar
	16	25	+ 9	28 444	Gores, Wolfgang
	17	13	- 4	28 431	Queck, Katharina
	18	17	- 1	28 163	Skolik, Helga
	19	20	+ 1	27 982	Ernst, Manfred
	20	12	- 8	27 942	Mucha, Monika
	21	18	- 3	27 716	Seibert, Johann-Ludwig
	22	11	- 11	27 565	Tollebeek, Torsten
	23	26	+ 3	27 521	Völker, Dr., Reinhard
	24	23	- 1	27 319	Koch, Karsten
	25	22	- 3	27 093	Röck-Knüttel, Nicole
	26	35	+ 9	26 920	Wallmann, Astrid
	27	24	- 3	26 642	Spallek, Stefan
	28	21	- 7	26 543	Michna, Hans-Achim
	29	38	+ 9	26 531	Stoll-Steffan, Dr., Marie-Luise

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



noch Tab. 5:					SPD
Partei	Rang- folge	Listen- platz	Rang- änderung	Stimmen	BewerberIn
► SPD	1	1	+ 0	30 288	Wansner, Elke
	2	3	+ 1	28 257	Goßmann, Dr., Michael
	3	6	+ 3	27 980	Herber, Wolfgang
	4	5	+ 1	27 121	Wolf, Gabriele
	5	2	- 3	26 105	Schickel, Hans Peter
	6	4	- 2	26 025	Schuster, Rainer
	7	12	+ 5	25 867	Horschler, Dieter
	8	8	+ 0	25 743	Nehrbaß, Helmut
	9	13	+ 4	25 072	Wolf, Renate
	10	7	- 3	24 934	Ruf, Nadine
	11	18	+ 7	24 888	Kopp, Angelika
	12	9	- 3	24 405	Akasoy-Pertzborn, Ruth
	13	20	+ 7	24 387	Maaß, Regina
	14	11	- 3	24 119	Gerich, Sven
	15	15	+ 0	23 748	Gretz-Roth, Dr., Vera
	16	10	- 6	23 518	Volk-Borowski, Dennis
	17	16	- 1	23 455	Richter, Dr., Jürgen
	18	25	+ 7	23 430	Schäfer, Margot
	19	24	+ 5	23 359	Roßel, Karl
	20	19	- 1	23 186	Imholz, Axel
	21	36	+ 15	23 143	Wilhelmy, Veit
	22	43	+ 21	23 054	Fleuren, Erika
	23	14	- 9	23 031	Kötschau, Sven
	24	23	- 1	22 993	Ries, Klaus
	25	27	+ 2	22 930	Knauer, Christa
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung					

noch Tab. 5:

GRÜNE, FDP, REP, LiLi und BLW

Partei	Rang- folge	Listen- platz	Rang- änderung	Stimmen	BewerberIn
► GRÜNE	1	1	+ 0	34 326	Thies, Rita
	2	2	+ 0	28 157	Burghardt, Stefan
	3	3	+ 0	27 508	Reinhardt, Dr., Tilli
	4	5	+ 1	26 391	Winheim, Rosa Maria
	5	4	- 1	26 243	Müller, Hubert
	6	7	+ 1	26 224	Gaedeke, Sabine
	7	9	+ 2	26 124	Brenneis, Dr., Helga
	8	6	- 2	25 566	Große, Claus-Peter
	9	8	- 1	24 647	Waldeck, Andreas
	10	11	+ 1	24 451	Schreiber, Bettina
► FDP	1	1	+ 0	15 553	Schlempp, Michael
	2	4	+ 2	14 033	von Scheidt, Helmut
	3	3	+ 0	13 708	Schwarz, Wolfgang
	4	2	- 2	13 688	Klüssendorf, Brigitte
	5	5	+ 0	12 286	Diers, Christian
	6	9	+ 3	9 443	Claussen, Dr., Boye
	7	8	+ 1	9 015	Kracht, Annegret
► REP	1	1	+ 0	12 277	Enderes, Mark Olaf
	2	2	+ 0	11 642	Schadt, Peter
	3	3	+ 0	11 512	von Tietzen und Hennig, Ralf
	4	6	+ 2	11 187	Lerschmacher, Dr., Karin
► LiLi	1	1	+ 0	10 190	Bohrer, Hartmut
	2	3	+ 1	7 858	Coigné, Mechthilde
	3	2	- 1	7 799	Becker, Jürgen
► BLW	1	1	+ 0	12 558	von Poser und Groß-Naedlitz, Dr., M.
	2	2	+ 0	9 701	Schüler, Ralph
	3	3	+ 0	9 037	Reiß, Thorsten

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

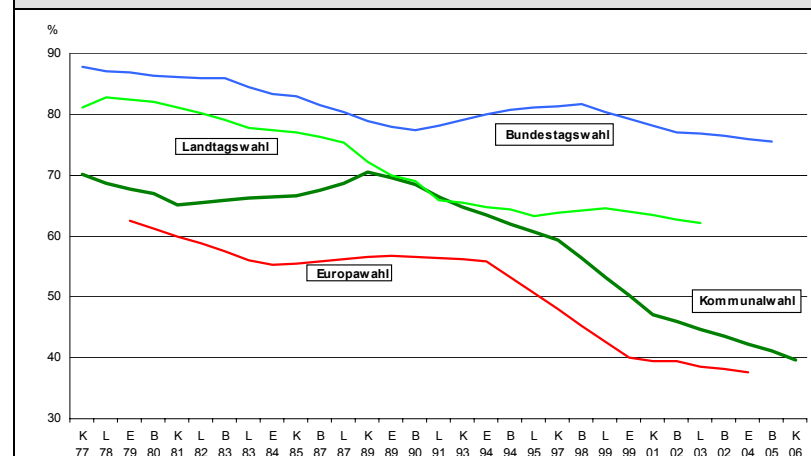


Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

*Zahl der Wahlberechtigten
gegenüber 2001 gestiegen*

Die Zahl der Wahlberechtigten zur Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung hat sich gegenüber 2001 leicht erhöht: Sie lag am vergangenen Sonntag bei 199 513 und damit um rund 2 000 über dem Wert von vor fünf Jahren. Da bei Kommunalwahlen in Hessen auch Angehörige von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union („Unionsbürger/-innen“) stimmberechtigt sind, musste sich die Erweiterung der EU von 15 auf 25 Staaten zum 1. Mai 2004 auch auf die Zahl der Wahlberechtigten auswirken. Sie tat dies mit einem Plus von etwa 3 200. Gleichzeitig ging die Zahl der übrigen Wahlberechtigten (Deutsche und Unionsbürger der alten EU-Länder) um rund 1 200 zurück; dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass bei der Kommunalwahl 2001 aufgrund einer Übergangsregelung auch ein großer Teil der damals 17-Jährigen wahlberechtigt war.

Bild 2:
Wahlbeteiligung in Wiesbaden
bei Bundestagswahlen, Landtagswahlen, Kommunal-
wahlen und Europawahlen seit 1977



Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8300_43s.xls



*Geringes Interesse
an Kommunalwahlen*

In der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger haben Kommunalwahlen innerhalb des Spektrums politischer Abstimmungen eine vergleichsweise geringe Relevanz: Gemessen an der Wahlbeteiligung liegen sie auf Platz drei hinter Bundestags- und Landtagswahlen – allerdings noch vor Europawahlen.

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte war die Bereitschaft der Wiesbadener, über die Zusammensetzung ihrer Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräte zu bestimmen, unterschiedlich stark ausgeprägt – seit 1989 ging die Wahlbeteiligung stetig zurück. Sie fiel bei der Kommunalwahl vor fünf Jahren auf einen Nachkriegs-Tiefstand von 47,1 %. Der Schwund an Wählern setzte sich zwischenzeitlich auch bei Wahlen zum Bundestag, zum Landtag und zum Europaparlament fort (Bild 2). So durfte darüber spekuliert werden, ob nun der 26. März 2006 in Sachen Wahlbeteiligung einen neuen Negativ-Rekord aufstellen würde – oder aber der Sinkflug des Wählerinteresses gestoppt werden könnte.

*Trend zur Wahlenthaltung
setzt sich ungebremsst fort*

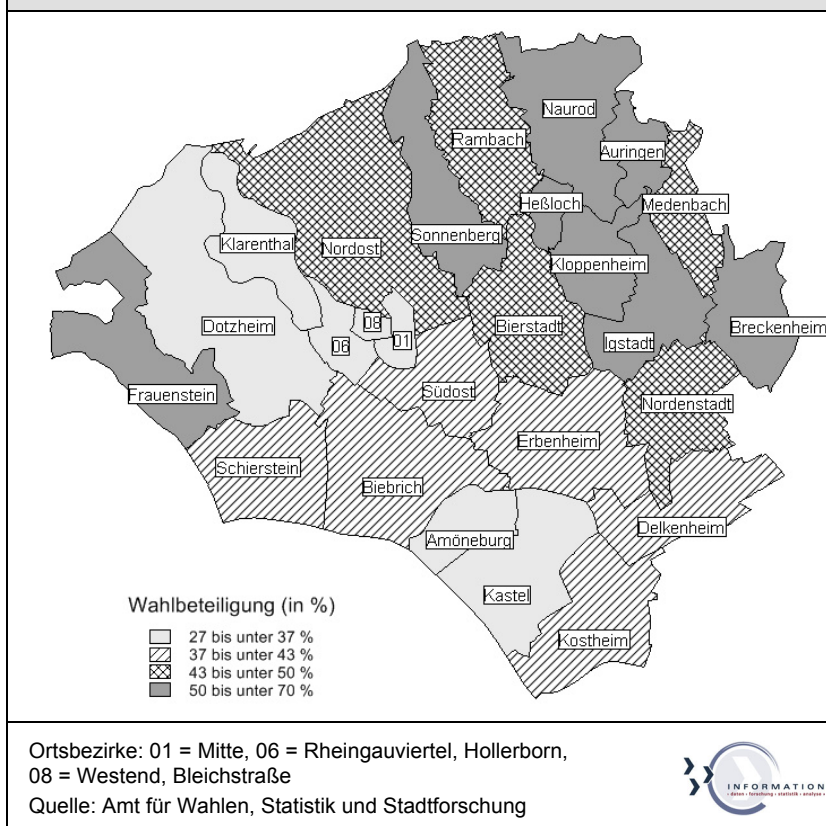
Am vergangenen Sonntag machten 79 239 Bürgerinnen und Bürger, das sind 39,7 % der Wahlberechtigten, Gebrauch von ihrem Stimmrecht. Damit fiel die Partizipationsquote gegenüber der vorangegangenen Kommunalwahl noch einmal deutlich ab und markiert nun wiederum ein neues Rekord-Tief seit 1946. Wer auf eine Umkehr des bisherigen Trends zur Wahlenthaltung gehofft hatte, sah sich enttäuscht: Die Abwärtsbewegung fiel ebenso deutlich aus wie in der Vergangenheit. Dass die Angehörigen der neuen EU-Mitgliedsstaaten ein sehr geringes Wahlinteresse haben, erklärt die gesunkene Wahlbeteiligung aber nur zu einem verschwindend geringen Teil; entscheidend war vielmehr die frappierend niedrige Wahlbereitschaft deutscher Staatsbürger.

*Wahlbeteiligung
in den Ortsbezirken
sehr unterschiedlich*

Betrachtet man die Wahlbeteiligungsquoten in den einzelnen Ortsbezirken, so besteht zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert eine Differenz von über 40 %-Punkten. Dabei ist – vereinfachend gesagt - in den innerstädtischen Quartieren das Engagement der Wahlberechtigten eher niedrig, während in den Außenbezirken vom Stimmrecht wesentlich stärker Gebrauch gemacht wird. An diesem traditionellen Grundmuster hat sich auch diesmal nicht viel geändert. Jetzt war es der Ortsbezirk Heßloch, der sich als Spitzenreiter in Sachen Wählerinteresse präsentierte: Mit 69,8 % lag dort die Wahlbeteiligung um 30 %-Punkte höher als im gesamtstädtischen Schnitt. Auch in Naurod (59,9 %), Auringen (55,6 %), Frauenstein (54,6 %) und Kloppenheim (54,3 %) war der Drang zu den Wahlurnen vergleichsweise stark. Desinteresse und Wahlmü-

digkeit herrschten dagegen in den innerstädtischen Bezirken Westend/Bleichstraße und Mitte, wo mit 27,8 % bzw. 30,1 % kaum mehr als ein Viertel aller Wahlberechtigten über die Zusammensetzung der neuen Stadtverordnetenversammlung mitbestimmen mochten. Die Stadtteile Amöneburg und Kastel fallen ebenfalls durch niedrige Partizipationsquoten auf.

Bild 3:
Wahlbeteiligung in den Ortsbezirken
- Stadtverordnetenwahl 2006



*In fast allen Ortsbezirken
geringere Wahlbeteiligung
als 2001*

Der Rückgang der Wahlbeteiligung im Vergleich zur Stadtverordnetenwahl von 2001 vollzog sich nahezu flächendeckend über alle Ortsbezirke. Den größten Schwund an Wahl-Interessenten vermelden sowohl Stadtteile mit vorderen als auch solche mit hinteren Plätzen auf der Wahlbeteiligungsskala: Klarenthal (minus 12,0 %-Punkte gegenüber 2001), Kastel (minus 10,6 %-Punkte) und Frauenstein (minus 10,4 %-Punkte). Vergleichsweise glimpflich fiel der Schwund in Naurod aus, wo die Wahlbeteiligung „nur“ um 3,3 %-Punkte abrutschte. Als einziger Ortsbezirk meldete Heßloch eine gegenüber 2001 gestiegene Wahlbeteiligung: Hier kletterte der Wähleranteil um

5,3 %-Punkte. An seine früheren Beteiligungsquoten - noch 1997 gingen in Heßloch über 80 % wählen - konnte allerdings auch der kleinste der Wiesbadener Ortsbezirke nicht anknüpfen.

*Höhe der Wahlbeteiligung
begünstigt bestimmte Parteien*

Zwischen der Wahlbeteiligung und den Erfolgen der einzelnen Parteien gibt es Zusammenhänge, die in der Vergangenheit immer wieder beobachtet werden konnten und die sich am letzten Sonntag im Wesentlichen bestätigt haben. Auf eine Kurzformel gebracht: Je höher in einem bestimmten Gebiet (Wahlbezirk, Ortsbezirk) die Wahlbeteiligung ist, desto besser schneiden in der Regel CDU und FDP ab – und desto bescheidener fallen die Ergebnisse für SPD und GRÜNE aus. Tabelle 6 dokumentiert den Zusammenhang für den vergangenen Sonntag: So lagen in Wahlbezirken mit stark ausgeprägtem Wählerinteresse die Stimmenanteile vor allem der CDU weit über deren gesamtstädtischem Ergebnis. Auch die FDP erzielte hier - und insbesondere in Wahlbezirken mit überdurchschnittlicher, aber nicht allzu hoher Wahlbeteiligung - ihre besten Resultate. Genau das Gegenteil gilt für die SPD: Sie schnitt unterm Strich gerade dort gut ab, wo die Wahlbeteiligung niedrig war; ähnliches gilt für die GRÜNEN, die REPUBLIKANER und die Linke Liste. Relativ unbeeinflusst von der Wahlbeteiligung zeigte sich der Erfolg der Bürgerliste.

Tab. 6:
Wahlbeteiligung und Abschneiden der Parteien
bei der Stadtverordnetenwahl 2006
(ohne Briefwahl)

Wahlbezirke mit ... Wahlbeteiligung	Wahl- be- teiligung	Stimmenanteile für ...							
		CDU	SPD	GRÜNE	FDP	REP	LiLi	BüSo	BLW
		%							
weit überdurchschnittlicher	48,1	42,3	28,7	10,5	9,5	3,8	1,6	0,3	3,3
überdurchschnittlicher	39,4	36,2	28,9	12,5	10,2	4,7	2,8	0,4	4,4
unterdurchschnittlicher	32,4	30,2	33,5	13,3	8,0	6,1	4,4	0,7	3,8
weit unterdurchschnittlicher	24,6	28,4	34,0	14,0	6,7	7,9	5,3	0,7	2,9
Insgesamt (ohne Briefwahl)	35,2	35,0	31,0	12,4	8,8	5,4	3,3	0,5	3,6

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



Die beschriebenen Zusammenhänge können am ehesten mit den unterschiedlichen Sozial- und Altersstrukturen in den Wahlbezirken erklärt werden: So ist beispielsweise bekannt, dass in wohlhabenden Gebieten sowohl die Wahlbeteiligung als auch der Zuspruch zu CDU und FDP vergleichsweise hoch ist. Auch der positive Zusammenhang zwischen Alter, CDU-Präferenz und Wahlbeteiligung wurde oft genug belegt, während die Klientel der GRÜNEN wiederum aus einer jüngeren und damit weniger wahlfreudigen Bevölkerung besteht. SPD-Hochburgen liegen oft in Wohnquartieren mit niedrigerem Sozialstatus – und auch der wirkt der Wahlbereitschaft entgegen.

*Jeder fünfte Wähler
gab sein Votum per Post ab*

Die Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler bevorzugte den Gang ins Wahllokal, aber immerhin jeder Fünfte (18,6 %) nutzte die Möglichkeit der Briefwahl. Damit ist der Anteil der Briefwähler/-innen gegenüber der letzten Kommunalwahl geringfügig gesunken; seinerzeit gaben 19,7 % aller Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen per Post ab. Erfahrungsgemäß nutzen vor allem die älteren Wählerinnen und Wähler die Briefwahl, aber auch mobile Personen um die 30 sind unter den Briefwählern überdurchschnittlich vertreten.

**Tab. 7:
Die fünf Ortsbezirke
mit den höchsten Briefwähleranteilen ...**

Sonnenberg	26,7 %
Nordost	26,0 %
Frauenstein	21,8 %
Südost	21,2 %
Klarenthal	20,7 %

... und mit den niedrigsten Briefwähleranteilen ...

Amöneburg	9,2 %
Igstadt	11,6 %
Kostheim	11,7 %
Kloppenheim	11,9 %
Heßloch	12,0 %

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



Die „Wahl per Post“ wird in den einzelnen Ortsbezirken unterschiedlich stark genutzt: Die höchsten Briefwähleranteile finden sich auch bei dieser Kommunalwahl wieder in Sonnen-

berg und Nordost – dort also, wo überdurchschnittlich viele ältere Menschen und statushöhere „Bildungsbürger“ leben. Amöneburg, Igstadt und Kostheim dagegen sind Stadtteile, deren Bewohner ihre Kreuzchen eher vor Ort im Wahllokal machen.

CDU und FDP profitieren von Briefwahl

Dass Briefwähler tendenziell andere Parteien favorisieren als Urnenwähler, lässt sich auch für die jüngste Wahl wieder bestätigen: Briefwählerinnen und Briefwähler bevorzugen die CDU und FDP, während SPD und GRÜNE, aber auch die REPUBLIKANER ihre Stimmen eher aus den Wahllokalen erhalten. Nur schwach ausgeprägt sind die Unterschiede beim Zuspruch für die Linke Liste (mit leichter Tendenz zur Urnenwahl). Die Anhänger der Bürgerliste Wiesbaden finden sich unter den Briefwählern fast ebenso gut wie unter den Urnengängern.

Tab. 8:
Stimmabgabe von Brief- und Urnenwähler/-innen

Von den ...	gaben ihre Stimme den Kandidat/-innen der ...							
	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	REP	LiLi	BüSo	BLW
	%							
Briefwählern	41,1	27,3	10,8	10,1	3,4	3,0	0,4	3,9
Urnenwählern	35,0	31,0	12,4	8,8	5,4	3,3	0,5	3,6
Wähler/-innen insgesamt	36,1	30,3	12,1	9,0	5,0	3,2	0,5	3,7

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



Briefwähler panaschieren öfter

Der vom Kommunalwahlrecht vorgesehene Gestaltungsspielraum bei der Stimmabgabe wurde von den Briefwählern stärker ausgeschöpft als von den Urnenwählern. Während 47,2 % aller Briefwählerinnen und -wähler ihre Stimmzettel „veränderten“, mochten sich von den Wählern in den Wahllokalen nur 42,5 % dazu entschließen. Dabei wurde das Panaschieren von Stimmen, vor allem aber die „freihändige“ Vergabe von Einzelstimmen über verschiedene Wahlvorschläge von den Briefwählern verstärkt vorgenommen; das Kumulieren und Streichen innerhalb eines Wahlvorschlags war hingegen bei den Urnenwählern etwas beliebter. All diese Sachverhalte wurden ganz ähnlich auch schon bei der Premiere des neuen Wahl-

systems vor fünf Jahren beobachtet; wesentliche Änderungen in der Handhabung des Persönlichkeitswahlrechts gab es seitdem also nicht.

Tab. 9: Brief- und Urnenwähler/-innen und das Wahlsystem					
Von den ...	wählen wie früher 1)	nutzten die Möglichkeiten des Persönlichkeitswahlrechts			
		zus.	mit einem Listenkreuz ...		ohne Listenkreuz
			... und Veränderung im Wahlvorschlag	... und panaschierten Stimmen	
	%				
Briefwählern	52,8	47,2	16,6	17,3	13,4
Urnenwählern	57,5	42,5	17,8	15,4	9,3
Wähler/-innen insgesamt	56,6	43,4	17,5	15,8	10,1
1) Unveränderte Annahme eines Wahlvorschlags.					
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung					





Zum Abschneiden der Bewerberinnen und Bewerber

Die Stimmenergebnisse aller 391 Bewerberinnen und Bewerber für die Stadtverordnetenversammlung sind - getrennt nach Wahlvorschlägen und in der Reihenfolge der auf sie entfallenen Stimmen - im Anhang aufgeführt (Tabellen 10A bis 17A). Aus der Fülle der Informationen sollen im Folgenden einige bezeichnenden Aspekte herausgegriffen werden. Das besondere Interesse gilt dabei jenen Konsequenzen, die eine Nutzung des Persönlichkeitswahlrechts durch die Wählerinnen und Wähler mit sich bringt.

So stellte sich die Frage,

- inwieweit die Wähler auf die Platzierung der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten gezielt Einfluss nehmen würden. Haben sie die von der jeweiligen Partei vorgegebene Bewerber-Reihenfolge akzeptiert? Oder wurden die ursprünglichen Listen vom Wähler möglicherweise „durcheinandergewirbelt“?
- ob bestimmte Kandidatinnen und Kandidaten vom Kumulieren profitiert haben und ob, im Gegenzug, Bewerber/-innen besonders häufig gestrichen wurden.

*Wer sind die „Gewinner“
und die „Verlierer“
des Persönlichkeitswahlrechts?*

Das Ausmaß an Kumulierungen und Streichungen dokumentiert sich unter anderem in den Verschiebungen der Listenplätze, die das Wählervotum gegenüber der ursprünglichen Reihenfolge im Wahlvorschlag bewirkt. An dieser Stelle soll über Bewerberinnen und Bewerber berichtet werden, die entweder in der besonderen Gunst der Wähler stehen und auf vordere Plätze lanciert wurden sowie umgekehrt auch über jene, die vom Wähler durch explizite Streichung „bestraft“ wurden und die dadurch weit hinter ihren ursprünglichen Listenplatz zurückfielen.

Die Bewerber auf den vordersten Listenplätzen bei der **CDU** wurden von der Wählerschaft weitgehend akzeptiert: Die ersten beiden Kandidaten tauschten lediglich ihre Positionen. Wolfgang Nickel rückte eine Stelle nach oben, während Rose-Lore Scholz ihren Platz behielt. Größere Verschiebungen waren in der mittleren Listenplatzregion zu beobachten: Den wei-

testen Sprung nach oben schaffte Dr. Doris Jentsch, die vom Listenplatz 30 auf Rangplatz 4 aufstieg. Profitabel war das Persönlichkeitswahlrecht auch für Dr. Willem-Alexander van't Padje und für Andreas Knüttel, die ihre Positionen um 14 bzw. um 10 Zähler verbessern konnten und auf diese Weise neue Stadtverordnete werden. „Platzverweise“ hingegen erteilten die Wählerinnen und Wähler Torsten Tollebeek, Eduard Blesius und Jens-Werner Wieltch, die auf die letzten Plätze zurück fielen.

Tab. 10: Auf- und Absteiger der CDU			
Name, Vorname	Ursprünglicher Listenplatz	Erreichter Platz	Rang- änderung
Dr. Jentsch, Doris	30	4	+ 26
Dr. van't Padje, Willem-Alexander	53	39	+ 14
Knüttel, Andreas	66	56	+ 10
Tollebeek, Torsten	11	22	- 11
Blesius, Eduard	44	54	- 10
Wieltch, Jens-Werner	31	40	- 9
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung 			

Unter den Kandidatinnen und Kandidaten der **Sozialdemokraten** fällt das Votum für den SPD-Vorsitzenden des Unterbezirks Wiesbaden Marco Pighetti auf, der mit 21 759 Stimmen und einem Plus von 40 Platzziffern vom Wähler protegert wurde. Für einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung reichte der Wählerzuspruch allerdings nicht aus. Gleiches gilt für Kuno Hahn, der seine Position von Platz 70 auf Platz 47 verbessern konnte. Die auf Platz 43 nominierte Erika Fleuren schoben die Wähler/-innen um 21 Plätze nach vorn – sie erzielte damit allein aufgrund des flexiblen Wahlrechts einen der 25 SPD-Sitze im Stadtparlament.

Tab. 11: Auf- und Absteiger der SPD			
Name, Vorname	Ursprünglicher Listenplatz	Erreichter Platz	Rang- änderung
Pighetti, Marco	74	34	+ 40
Hahn, Kuno	70	47	+ 23
Fleuren, Erika	43	22	+ 21
Walter, Joachim	47	59	- 12
Tiemann, Boris	30	40	- 10
David, Michael	17	27	- 10
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung 			

Aus dem Wahlvorschlag von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** konnten sich die neun erstplatzierten Kandidatinnen und Kandidaten einen Platz im Stadtparlament sichern, hinzu kam die ursprünglich auf Platz 11 aufgestellte Bettina Schreiber, die ihre Position mit Karl Braun tauschte. Den weitesten Sprung nach oben (allerdings ohne Einzug in die Stadtverordnetenversammlung) machte die frühere Umweltdezernentin Christiane Hininger, die von den Wählerinnen und Wählern auf Platz 14 lanciert wurde. Der stärkste Verlust traf Olaf Bayer und Hans Tronecker, jeweils mit einem Minus von sieben Plätzen.

Tab. 12: Auf- und Absteiger der GRÜNEN			
Name, Vorname	Ursprünglicher Listenplatz	Erreichter Platz	Rang- änderung
Hininger, Christiane	26	14	+ 12
Dr. Fabri-Richters, Petra	23	15	+ 8
Kornmüller-Bolte, Daniela	31	26	+ 5
Bayer, Olaf	20	27	- 7
Tronecker, Hans	16	23	- 7
Jaeck, Philippe	22	28	- 6
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung 			

Bei den **Freien Demokraten** gab es auf den vorderen Plätzen nur geringfügige Veränderungen in der Rangfolge. Dem Persönlichkeitswahlrecht verdanken Annegret Kracht und Dr. Boye Claussen ihren Einzug ins Stadtparlament – waren sie doch ursprünglich auf den Plätzen 8 und 9 aufgestellt. Deutliche Umverteilungen sind dagegen im unteren Drittel der Liste zu beobachten, wo Dr. Gottfried Kiesow von Platz 76 auf Platz 9 gleichsam hochkatapultiert wurde – kein anderer Bewerber hat einen derart weiten Sprung geschafft. Hier erweist sich der Wähler als Wiederholungstäter: Bereits 2001 verhalf er dem prominenten Denkmalpfleger zu einem respektablen Rangplatz innerhalb der FDP. Für einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung hatte es allerdings auch damals nicht gereicht.

Tab. 13: Auf- und Absteiger der FDP			
Name, Vorname	Ursprünglicher Listenplatz	Erreichter Platz	Rang- änderung
Dr. Kiesow, Gottfried	76	9	+ 67
Dr. Bremme, Hans-Christian	68	33	+ 35
Dr. Stamm, Friedrich	58	39	+ 19
Feser, Wilhelm	54	70	- 16
Anthes, Hanns Peter	55	69	- 14
Gramsdorff, Andreas	49	63	- 14
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung 			

Keine Verschiebungen auf den ersten drei Plätzen ergaben sich für die Bewerber der **REPUBLIKANER**. Der Spitzenkandidat Mark Olaf Enderes konnte mit 12 277 Stimmen innerhalb seiner Partei die meisten Stimmen auf sich konzentrieren. Die auffälligste Veränderung der Rangfolge betrifft Helmut Heinrich, der von Platz 23 auf Platz 27 zurückfiel. Die Tatsache, dass ursprünglicher Listenplatz und erzielter Rangplatz bei den Kandidat/-innen der REPUBLIKANER nur sehr geringfügig voneinander abweichen, deutet darauf hin, dass ihre Wähler mit der vorgegebenen Liste im Wesentlichen einverstanden waren und darauf verzichteten, sie durch Kumulieren oder Streichen zu verändern.

Tab. 14: Auf- und Absteiger der REP			
Name, Vorname	Ursprünglicher Listenplatz	Erreichter Platz	Rang- änderung
Dr. Lerschmacher, Karin	6	4	+ 2
von Tietzen und Hennig-Zuber, Erika	13	11	+ 2
Meinhardt, Norbert	18	16	+ 2
Henrich, Helmut	23	27	- 4
Schneider, Heinrich	11	13	- 2
Martin, Dennis	29	30	- 1
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung 			

Die **Linke Liste** erhielt drei Mandate in der Stadtverordnetenversammlung, die den bereits auf den Plätzen 1 bis 3 kandidierenden Personen zufallen. Insofern hatte das Kumulieren und Panaschieren hier keine Auswirkung. Zu einer deutlichen Verbesserung seiner Position verhalfen die Wählerinnen und Wähler Peter Silbereisen, der - möglicherweise aufgrund seiner Popularität als Schauspieler - von Platz 21 auf Platz 10 vorzog.

Tab. 15: Auf- und Absteiger der LiLi			
Name, Vorname	Ursprünglicher Listenplatz	Erreichter Platz	Rang- änderung
Silbereisen, Peter	21	10	+ 11
Miklis, Kornelia	34	27	+ 7
Haberkorn, Heinz	36	30	+ 6
Ladwig, Mike	14	20	- 6
Grünheid, Karl-Heinz	19	24	- 5
Lechner-Befard, Jürgen	17	22	- 5
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung 			

Die **Bürgerrechtsbewegung Solidarität** konnte nicht die erforderliche Gesamtstimmenzahl erreichen, um einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung zu erhalten. Insofern wirkte sich die vom Wähler veranlasste Veränderung in der Reihenfolge der BüSo-Kandidaten nicht aus. Sie betraf ohnehin nicht die Spitzenbewerber, sondern in erster Linie die im Mittelfeld rangierenden Anwärter. Den weitesten Sprung nach vorn machte Caroline Hartmann (von Platz 26 auf Platz 10).

Tab. 16:
Auf- und Absteiger der BüSo

Name, Vorname	Ursprünglicher Listenplatz	Erreichter Platz	Rang- änderung
Hartmann, Caroline	26	10	+ 16
Müchler, Regine	21	14	+ 7
Cramer, Ortrun	27	20	+ 7
Gravier, Claude	12	21	- 9
Breton, Michael	15	23	- 8
Neudecker, Georg	13	19	- 6

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



Die **Bürgerliste Wiesbaden** zieht mit drei Vertretern - Dr. Michael von Poser, Ralph Schüler und Thorsten Reiß - in die neue Stadtverordnetenversammlung ein. Alle drei Kandidaten standen auch schon auf dem Stimmzettel vorn. Nennenswerte Änderungen auf den Rangplätzen gab es nur bei wenigen Kandidaten; die auffälligste Verschiebung betrifft Hans-Jörg Freiherr Löw von und zu Steinfurt (von Platz 23 hoch auf Platz 13).

**Tab. 17:
Auf- und Absteiger der BLW**

Name, Vorname	Ursprünglicher Listenplatz	Erreichter Platz	Rang- änderung
Freiherr Löw von und zu Steinfurt, Hans-Jörg	23	13	+ 10
Dr. Moering, Renate	14	9	+ 5
von Engelberg, Meinrad	17	12	+ 5
Weigand, Axel	19	24	- 5
Siemes, Heinz	12	17	- 5
Wand, Ulrich	10	15	- 5

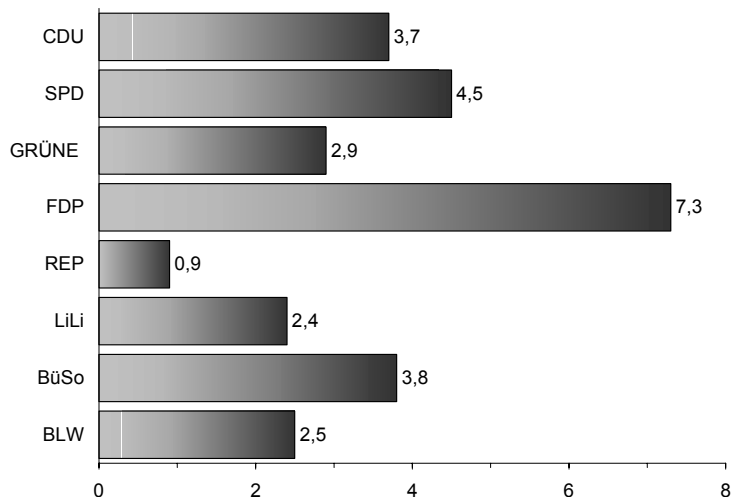
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



*Die weitesten Verschiebungen
bei der FDP*

In welchem Ausmaß innerhalb der Parteien Rangplätze per Wählervotum verschoben wurden, zeigt Bild 4. So wurde beispielsweise jede Kandidatin bzw. jeder Kandidat der CDU im Schnitt um gut drei Plätze „versetzt“ – nach oben oder nach unten.

**Bild 4:
Durchschnittliche Abweichung zwischen Listenplatz
und erzieltm Rangplatz**



Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



Die Grafik illustriert, dass die Wähler/-innen bei der SPD mehr „gemischt“ haben als bei der CDU. Am kräftigsten verschoben wurde - wie schon 2001 - bei der FDP; hier war die durchschnittliche „Sprungweite“ nach oben bzw. die „Absturzhöhe“ nach unten in der Bilanz am größten. Nur wenig Lust auf Veränderung der vorgegebenen Bewerberliste gab es bei der Wählerklientel der REPUBLIKANER; hier wurde überwiegend per Listenkreuz gewählt. Auch die Wähler/-innen von LiLi und BüSo waren mit den Vorgaben auf dem Stimmzettel überwiegend einverstanden.

Einflussfaktor Promotion

33 der 391 Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung hatten einen Dokortitel vorzuweisen, das entspricht einem Anteil von 8,4 %. Die meisten promovierten Bewerber standen dabei auf der Liste der FDP (11), gefolgt von CDU (7) und Bürgerliste Wiesbaden (5). Wie schon bei der Kommunalwahl 2001, so waren auch diesmal Kandidaten mit „Dr.“ vor dem Namen in der Regel im Vorteil: Ihr erreichter Rangplatz lag durchschnittlich acht Plätze vor ihrer ursprünglichen Listenposition. Dass die Promotion allerdings keine Garantie für erfolgreiches Abschneiden darstellt, zeigt die Tatsache, dass fünf promovierte Bewerber auf ihrem ursprünglichen Listenplatz verblieben und einer sogar von seinem Listenplatz (leicht) abrutschte.

Wer ist (un-)beliebter als seine Partei?

Die Summe an Stimmen, die ein Bewerber auf sich vereinigen kann, ist ein Gradmesser dafür, wie hoch er bei den Wählerinnen und Wählern im Kurs steht – allerdings mit dem Nachteil eines Durchschnittswerts, der Einzeleinflüsse nivelliert: Schließlich können sich Kumulierungen und Streichungen bei einer Person insgesamt wieder aufheben, so dass ein solcher Kandidat letzten Endes ebenso gut oder schlecht dasteht wie jemand, der vom Wähler keine „Individualbehandlung“ erhalten hat, also nur auf der Welle der Listenkreuze „mitschwimmt“.

Bewerberinnen und Bewerber mit großen Sympathiewerten in der Wählerschaft lassen sich am ehesten erkennen an der Zahl der vom Wähler manuell gesetzten Kreuzchen - beim Wähler „in Ungnade“ gefallene Kandidaten hingegen werden durch die Zahl der explizit vorgenommenen Streichungen enttarnt (Tabellen 18 und 19).

Tab. 18: Bewerber/-innen mit den meisten <u>Einzelstimmen</u> (ohne durch Listenkreuze verteilte Stimmen)		
Name, Vorname	Partei	Zahl der Einzelstimmen
1. Thies, Rita	GRÜNE	13 325
2. Thiels, Angelika	CDU	12 193
3. Wansner, Elke	SPD	11 153
4. Lorenz, Bernhard	CDU	9 945
5. Nickel, Wolfgang	CDU	9 061

Tab. 19: Bewerber/-innen mit den meisten <u>Streichungen</u>		
Name, Vorname	Partei	Zahl der Streichungen
1. Lorenz, Bernhard	CDU	458
2. Akasoy-Pertzborn, Ruth	SPD	414
3. Wansner, Elke	SPD	397
4. Niedenthal, Erhard	CDU	364
5. Dr. Goßmann, Michael	SPD	340

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung	
--	---

Offensichtlich ist der auf Platz eins der CDU kandidierende Bernhard Lorenz ein großer Polarisierer innerhalb seiner Partei, an dem sich gleichsam die Geister scheiden: in überzeugte Fans auf der einen Seite (die ihren Favoriten mit 9 945 manuell vergebenen Einzelstimmen unterstützten) und entschiedene Gegner auf der anderen Seite (die Bernhard Lorenz 458-mal strichen und ihm ihre Stimme ausdrücklich verweigerten). Ähnlich erging es der Spitzenkandidatin der SPD, Elke Wansner, bei der die Wählerinnen und Wähler – über die Listenkreuzvergabe hinaus - 11 153 Einzelkreuzchen hinter ihrem Namen machten, deren Name allerdings auch 397-mal durchgestrichen wurde. - Sehr großer Beliebtheit erfreut sich offensichtlich die frühere Schul- und Kulturdezernentin Rita Thies (GRÜNE), die mit 13 325 Extrakreuzchen belohnt wurde. Da dürften die 213 Streichungen die Freude wohl kaum trüben.

Mehr Freunde als Feinde

Obwohl es auf den ersten Blick nicht so aussieht: Selbst den Bewerber/-innen mit den meisten Streichungen (Tabelle 19) hat das seit 2001 geltende Wahlrecht unterm Strich genutzt: Auch sie hatten mehr erklärte Befürworter als Gegner und gliederten ihre Streichungen jeweils mit einem Mehrfachen an kumulierten Einzelstimmen wieder aus.

*10 Kandidaten verhalf allein
das Persönlichkeitswahlrecht
in die Stadtverordneten-
versammlung*

Abschließend noch eine aufschlussreiche Zahl: In der Gesamtbilanz erhielten zehn Kandidat/-innen ein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung, die - von ihrem Listenplatz her - eigentlich den Einzug verfehlt hätten, aber vom Wähler nach vorne positioniert wurden. Umgekehrt hatten ebenso viele Kandidat/-innen das Pech, vom sicher geglaubten Listenplatz nach hinten verwiesen worden zu sein und in der Konsequenz dem nächsten Stadtparlament nicht angehören zu dürfen.

Parteienergebnisse in den Stadtteilen

*Grundmuster im Wahlverhalten
bleibt stabil*

Die Darstellung der Wahlergebnisse auf Ebene der 26 Wiesbadener Ortsbezirke zeigt ein mittlerweile vertrautes Muster: So gibt es Stadtteile, in denen einzelne Parteien traditionell fest verankert sind und regelmäßig besonders gut abschneiden, während in anderen Bezirken ihre Wählerschaft schwach vertreten bleibt. Wenn auch die Aufteilung auf Ortsbezirke eine recht grobe Gliederung darstellt, so lassen sich doch zumindest einige Kernaussagen über die räumliche Verteilung des Wahlverhaltens innerhalb der Stadt treffen.

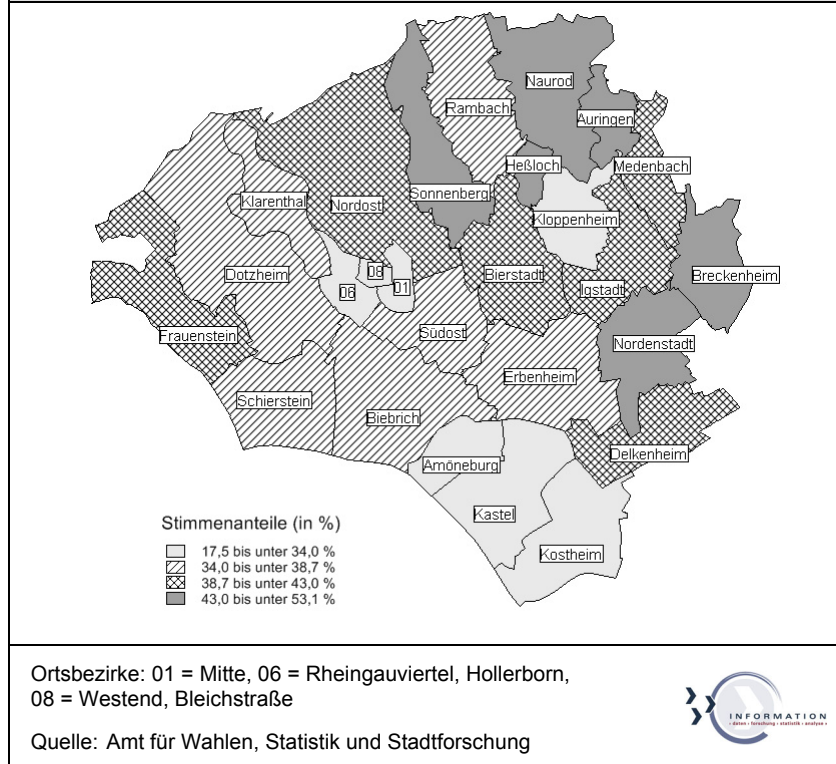
CDU mit ausgeglichener Bilanz

CDU

Die Christdemokraten konnten ihre Position als stärkste der im Stadtparlament vertretenen Parteien behaupten - mit einem minimalen Stimmenverlust von 0,4 %-Punkten. Mit nach wie vor guten Ergebnissen glänzte die Union in Naurod, Heßloch und Breckenheim, wo sich der Stimmenanteil zwischen 45 und 53 % bewegt und damit das gesamtstädtische Ergebnis um bis zu 17 %-Punkte übertrifft. Ein Neuling unter den CDU-Vorrankgebieten ist der Ortsbezirk Nordenstadt: Hier kletterte der CDU-Anteil gegenüber 2001 um 3,7 %-Punkte, womit Nordenstadt nun auf Platz 3 der CDU-Bezirke liegt. Gewinne konnten die Christdemokraten auch in Auringen (plus 4,3 %-Punkte) einfahren. Stimmenverluste hingegen gab es in 15 Stadtteilen, am gravierendsten im Ortsbezirk Westend/Bleichstraße (minus 4,4 %-Punkte), der ohnehin nicht als Wohnstandort von Unionsanhängern bekannt ist. Nachdenklicher dürfte der Verlust in der klassischen CDU-Domäne Heßloch stimmen, wo der Anteil der Partei um 3,7 %-Punkte fiel.

Traditionell gering ist der Zuspruch zur CDU in den innenstadtnahen Wohngebieten und in den AKK-Ortsbezirken Amöneburg, Kastel und Kostheim. Auch am vergangenen Sonntag lag der Stimmenanteil der CDU dort wieder deutlich unter den gesamtstädtischen 36,1 %.

Bild 5:
Stimmenanteile der CDU in den Ortsbezirken
– Stadtverordnetenwahl 2006



SPD nach wie vor in AKK
 präsent, ...

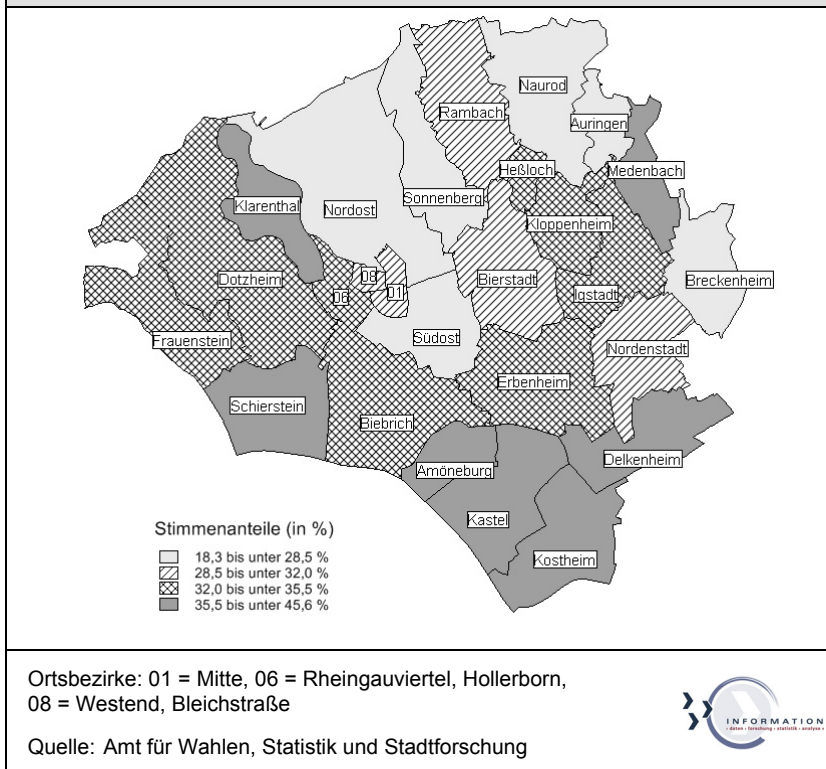
SPD

Auf die Kandidatinnen und Kandidaten der Sozialdemokraten entfielen insgesamt 30,3 % aller gültigen Stimmen, damit blieb die SPD trotz erheblicher Stimmenverluste zweitstärkste Partei hinter der Union. Vorranggebiete der SPD sind immer noch die AKK-Bezirke Amöneburg, Kostheim und Kastel. Auch in Schierstein, Medenbach und Klarenthal sind viele SPD-Wähler zu Hause. Auf Platz neun der SPD-Stadtteile liegt Frauenstein – außerhalb von Kommunalwahlen eher als CDU-Domäne bekannt.

... aber verlustreich im Westend

Auf wenig Zuspruch hingegen stoßen die Sozialdemokraten in den CDU-Hochburgen Sonnenberg, Nordost und Naurod. Auch am vergangenen Sonntag waren es dort nicht mehr als 25 % der Wähler, die den Bewerber/-innen der SPD ihr Vertrauen schenkten. In 23 von 26 Bezirken musste die SPD Verluste hinnehmen: Am größten war das Minus im Ortsbezirk Westend/Bleichstraße, wo die Sozialdemokraten 9,0 %-Punkte an Wählerstimmen einbüßten. Nur drei Stadtteile meldeten Zuwächse, und die fielen sehr moderat aus.

Bild 6:
Stimmenanteile der SPD in den Ortsbezirken
– Stadtverordnetenwahl 2006

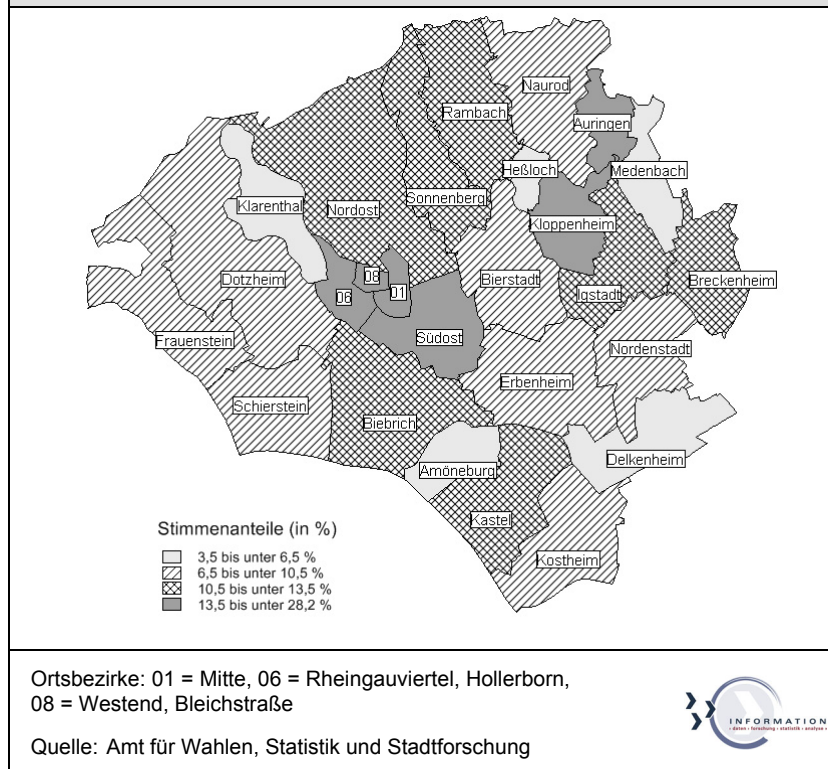


*In den meisten Ortsbezirken
legten die GRÜNEN zu*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Partei konnte an ihr Ergebnis von 2001 nicht nur anknüpfen, sie verbesserte sich sogar um 1,9 %-Punkte. Gewinne gab es in 20 der 26 Ortsbezirke, und am stärksten fielen sie in dem ohnehin als Hochburg der Partei geltenden Bezirk Westend/Bleichstraße aus, wo sich der Stimmenanteil der Bündnisgrünen noch einmal um knapp 6 %-Punkte verbesserte. Überraschend ist das deutliche Plus in Rambach (4,6 %-Punkte) und in Frauenstein (3,0 %-Punkte), galten doch beide Ortsbezirke in der Vergangenheit nicht gerade als ergiebiges Wählerreservoir der GRÜNEN. Ansonsten präsentiert sich das gewohnte Bild: Die Vorranggebiete der Partei liegen in den innerstädtischen Bezirken Westend/Bleichstraße, Mitte und im Rheingauviertel. Aber auch in Kloppenheim, im Ortsbezirk Südost und in Auringen haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auffallend viele Anhänger.

Bild 7:
Stimmenanteile der GRÜNEN in den Ortsbezirken
– Stadtverordnetenwahl 2006

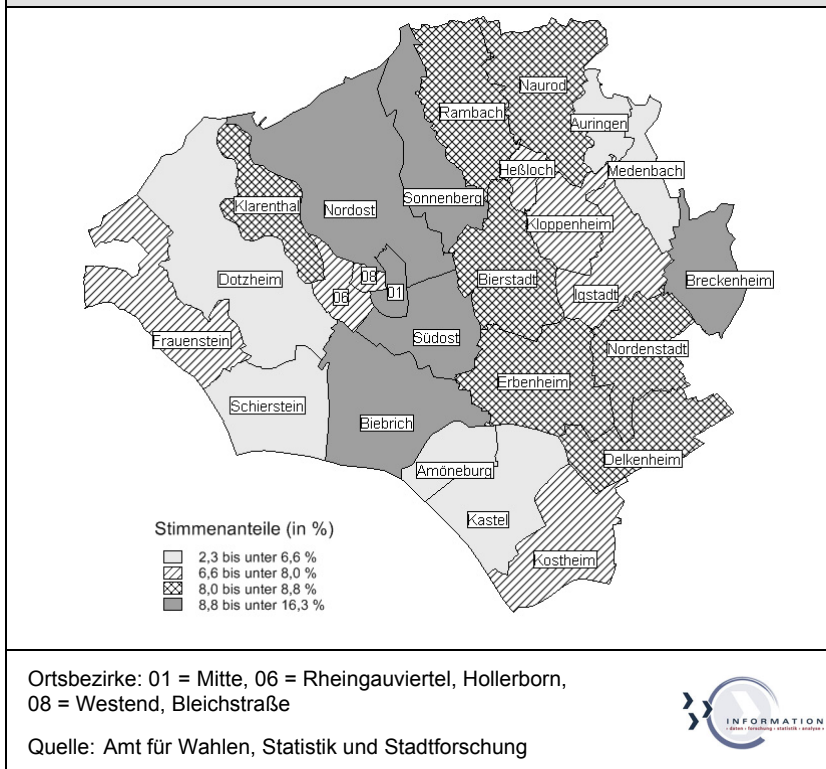


*Viele Klarenthaler
wandten sich von der FDP ab*

FDP

Traditionell schneiden die Freien Demokraten in Sonnenberg, Nordost und Südost gut ab. Dagegen macht sich ihre Klientel in AKK, in Schierstein und in Medenbach besonders rar. Der Stimmenverlust der FDP gegenüber der 2001er Stadtverordnetenwahl zieht sich relativ gleichmäßig durch alle Stadtteile. Eine besondere Situation herrscht in Klarenthal: In dem Ortsbezirk, der vor fünf Jahren im Zusammenhang mit der Stadtbahn-Diskussion fast den Status einer neuen FDP-Hochburg erhalten hatte, sackte der Stimmenanteil der Liberalen um 11,6 %-Punkte ab. An erster Stelle steht nun wieder das traditionelle FDP-Zentrum Sonnenberg.

Bild 8:
Stimmenanteile der FDP in den Ortsbezirken
– Stadtverordnetenwahl 2006



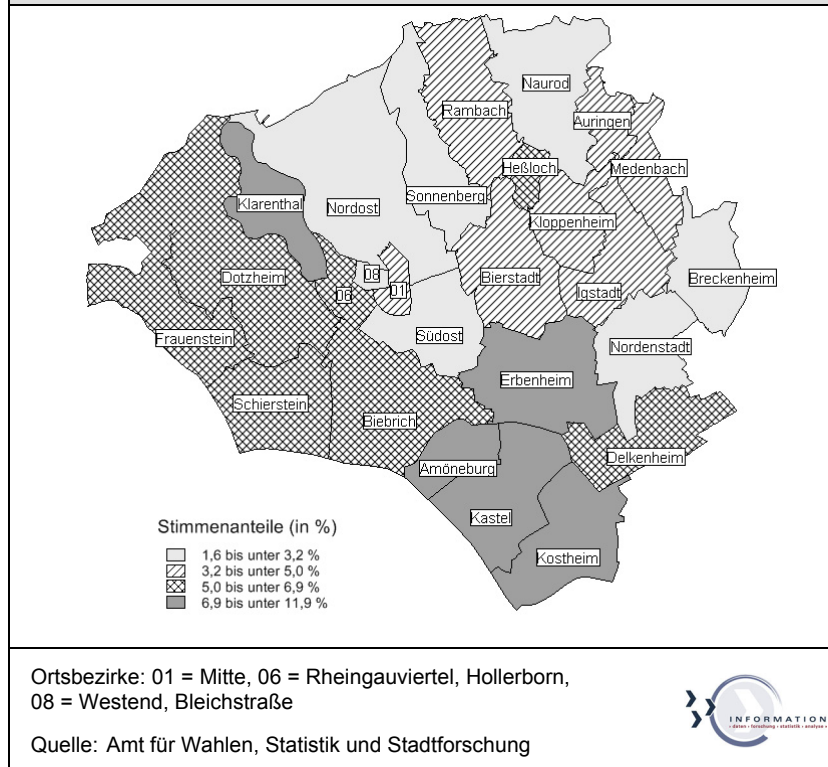
REP-Anteile

fast überall unverändert

REPUBLIKANER

Der Stimmenanteil der REPUBLIKANER lag stadtweit mit 5,0 % nur geringfügig über dem Ergebnis von 2001, und auch in den Wiesbadener Ortsbezirken gab es nur sehr geringe Stimmenverschiebungen. Am auffälligsten erscheint noch der erhöhte Zuspruch in Frauenstein, wo der Anteil der REP-Wähler um 3 %-Punkte anstieg. Ansonsten haben sich die Vorranggebiete der REPUBLIKANER kaum verändert; noch immer erzielt die Partei ihre besten Ergebnisse in AKK, Klarenthal und Erbenheim. Der Ortsbezirk mit dem größten Erfolg der REPUBLIKANER ist Kostheim, mit einem nach wie vor zweistelligen Ergebnis.

Bild 9:
Stimmenanteile der REP in den Ortsbezirken
– Stadtverordnetenwahl 2006

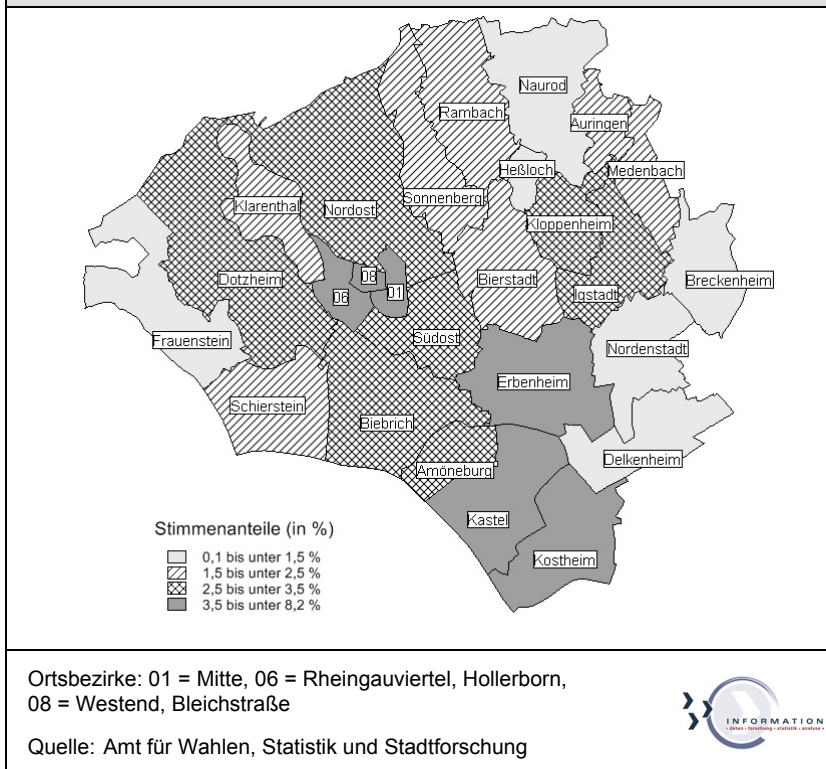


*Viele LiLi-Stimmen
aus der Innenstadt
und aus dem Westend*

Linke Liste

Die Linke Liste trat zum zweiten Mal zur Stadtverordnetenwahl an und sicherte sich diesmal mit 3,2 % der gültigen Stimmen drei Eintrittskarten in das neue Stadtparlament. Bereits vor fünf Jahren bildete sich ein räumliches Verteilungsmuster heraus, das in Teilen dem der GRÜNEN ähnelt - und das hat sich auch diesmal bestätigt: In den traditionellen Dominanzgebieten der Bündnisgrünen erzielte die Linke Liste überdurchschnittliche Ergebnisse, so in den Ortsbezirken Westend/Bleichstraße (8,1 %), Mitte (6,4 %) und Rheingauviertel/Hollerborn (5,6 %). Während vor fünf Jahren der größte Zuspruch zur LiLi aus Kastel kam, ist der Ortsbezirk inzwischen auf Platz drei abgerutscht. Der lokale Bonus des Spitzenkandidaten Hartmut Bohrer, einst Ortsvorsteher von Kastel, scheint demnach etwas an Kraft verloren zu haben.

Bild 10:
Stimmenanteile der LiLi in den Ortsbezirken
– Stadtverordnetenwahl 2006

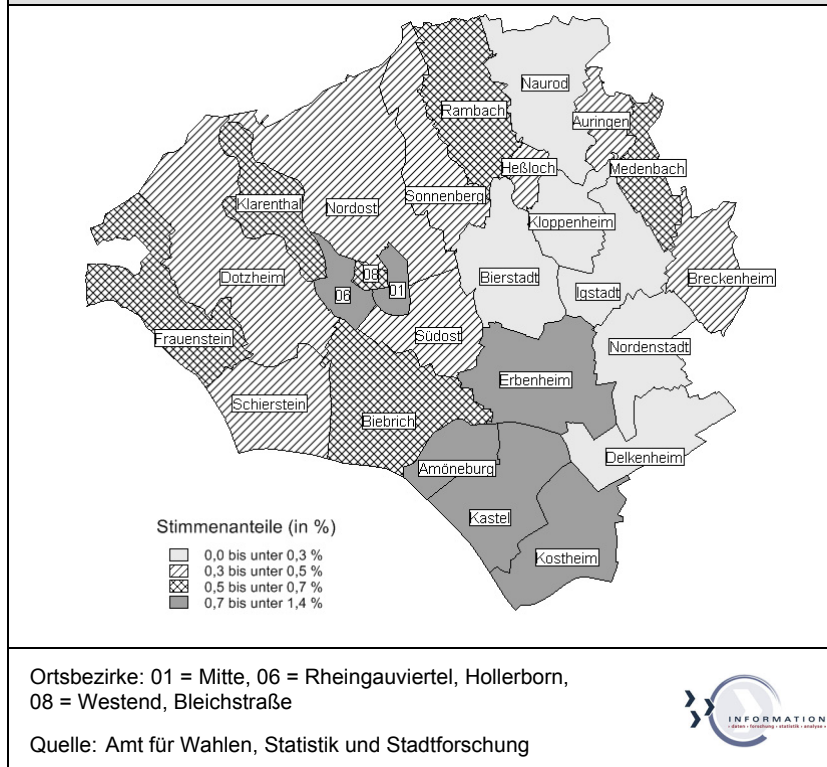


Überall nur wenige BÜSo-Stimmen

Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Insgesamt 27 247 Stimmen erhielt die erstmals zur Kommunalwahl kandidierende Bürgerrechtsbewegung Solidarität - zu wenig für eine Vertretung in der neuen Stadtverordnetenversammlung. Wie Bild 11 zeigt, war der Zuspruch in den Ortsbezirken Amöneburg und Erbenheim mit 1,3 % bzw. 1,0 % überdurchschnittlich. Von Schwerpunkten im Stadtgebiet kann aber angesichts der insgesamt sehr niedrigen Stimmenanteile kaum gesprochen werden.

Bild 11:
Stimmenanteile der BÜSo in den Ortsbezirken
– Stadtverordnetenwahl 2006

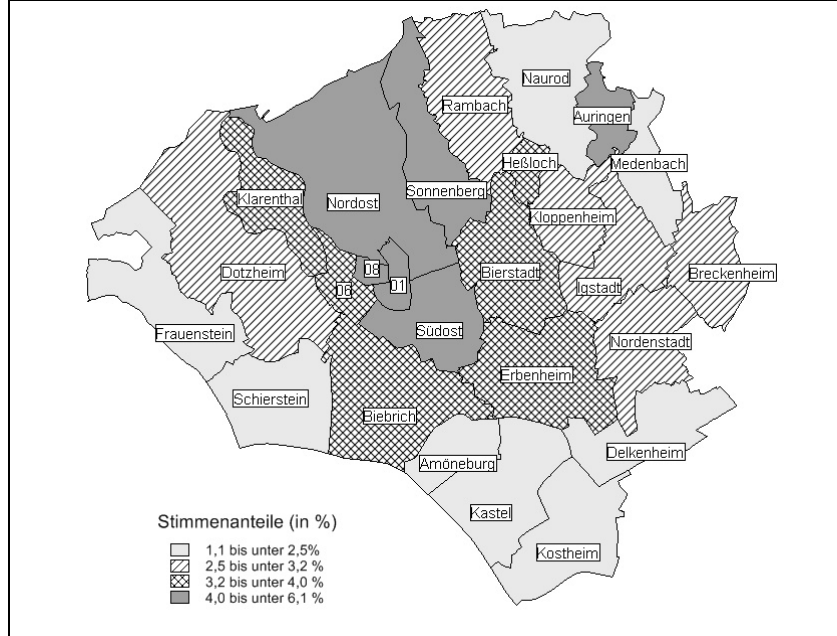


*Nordost und Sonnenberg
bilden Vorranggebiete der BLW*

Bürgerliste Wiesbaden

Auch die Bürgerliste Wiesbaden trat in diesem Jahr erstmals zur Stadtverordnetenwahl an und konnte sich mit 3,7 % der gültigen Stimmen aus dem Stand heraus drei Sitze im neuen Stadtparlament erobern. Bereits jetzt bildet sich ein räumliches Verteilungsmuster heraus, das dem der FDP gleicht: In deren traditionellen Dominanzgebieten erzielte die BLW Ergebnisse, die deutlich über dem gesamtstädtischen Schnitt liegen, so in den Ortsbezirken Nordost (6,0 %), Sonnenberg (5,4 %) und Südost (5,3 %). In Kastel, Kostheim und Frauenstein konnte die BLW dagegen kaum Fuß fassen.

Bild 12:
Stimmenanteile der BLW in den Ortsbezirken
– Stadtverordnetenwahl 2006



Struktur der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

Gegenüber der Kommunalwahl 2001 hatte sich die Zahl der Wahlberechtigten erneut erhöht. Dies war vor allem auf die Zunahme der in Wiesbaden wohnhaften nichtdeutschen Unionsbürger/-innen zurückzuführen. Gegenüber 1993 bedeutete dies sogar ein Plus von 8 787 zusätzlichen Wahlberechtigten. Damit konnten rd. 73 % der Wiesbadener Bevölkerung wählen gehen.

Tab. 20:
Zahl der Wahlberechtigten bei Stadtverordnetenwahlen seit 1985

Wahljahr	Wahlberechtigte
1985	193 325
1989	193 805
1993	190 726
1997	195 760
2001	197 458
2006	199 513

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



*Zunahme der Wahlberechtigten
über die demographischen
Gruppen ungleich verteilt*

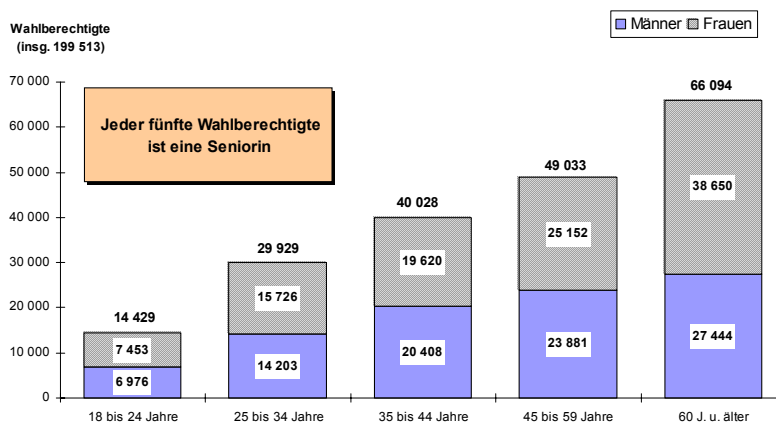
Die Zunahme der Wahlberechtigten vollzog sich nicht gleichmäßig über die demographischen Gruppen. So hatte sich die Gruppe der männlichen und weiblichen Stimmberechtigten um eine ungleiche Personenzahl erhöht und auch die Zahl der jüngeren (18 bis 34 Jahre) Wahlberechtigten war - trotz allgemeiner Zunahme - zurückgegangen. Vom Anstieg der Wahlberechtigten hatte sowohl die Gruppe der in der Lebensmitte stehenden als auch alle älteren Bürger/-innen profitiert, so dass die Senioren ab 60 Jahren mit 33 % den größten Anteil an allen Wahlberechtigten stellten (vgl. Bild 13).

*Differenzierung
der Wahlberechtigten
nach Geschlecht*

Wie 2001 übertraf der Anteil der Frauen den der Männer (7 %-Punkte), was - wie Bild 13 zeigt - in fast allen Altersgruppen zutraf. Nur bei den in der Lebensmitte stehenden **Bürger/-innen** konnte sich das männliche Geschlecht behaupten. Dagegen stellte das weibliche Pendant bei den über

60-Jährigen knapp 59 % der Wahlberechtigten. Ansonsten hatten sich die Geschlechterproportionen - trotz unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Altersgruppen - gegenüber 2001 relativ stabil gehalten.

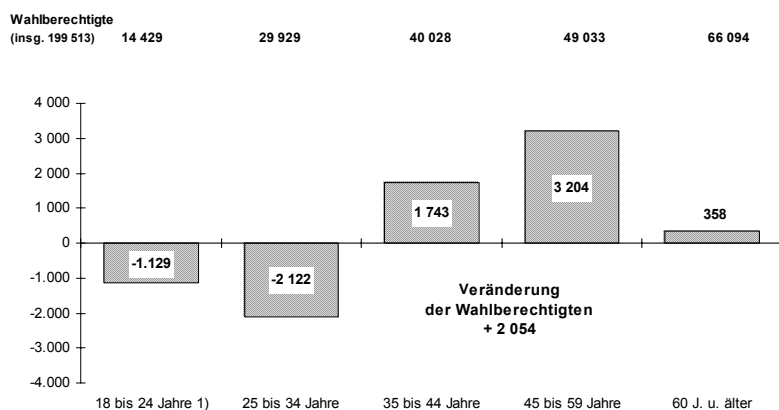
Bild 13:
Wahlberechtigtenstruktur in Wiesbaden
- Jung und Alt, Frauen und Männer



Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



Bild 14:
Wahlberechtigtenstruktur in Wiesbaden
- Diesmal mehr Wahlberechtigte in Wiesbaden
- Kommunalwahl 2006 / 2001 im Vergleich



1) Vergleich etwas eingeschränkt, da bei der Kommunalwahl 2001 17-Jährige wahlberechtigt.

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8400_23.XLS



... und Alter

Die grobe Einteilung der Wahlbevölkerung Wiesbadens in Jung und Alt (bis 40 Jahre bzw. über 40 Jahre) lässt die Alterslastigkeit der Wiesbadener Wahlbevölkerung deutlich erkennen: gut zwei Drittel der Wahlberechtigten gehören der Gruppe der Alten, nur ein Drittel der Gruppe der Jungen an.

Insgesamt gesehen waren die strukturellen Möglichkeiten, den Ausgang der Kommunalwahl 2006 zu beeinflussen nach Alter und Geschlecht also ungleich verteilt. Zusätzlich zu dieser unterschiedlichen Beteiligungschance aufgrund der demographischen Zusammensetzung der Bürgerschaft kommt noch ein weiterer Sachverhalt hinzu, der die oben beschriebenen strukturellen Ungleichgewichte zum Teil noch verstärkt, zum Teil aber auch abschwächt: Es ist die nach Alter und Geschlecht unterschiedliche Wahlbereitschaft.

*Erkenntnisse
der repräsentativen Wahlstatistik*

Aus der repräsentativen Wahlstatistik ist bekannt, dass der Einfluss demographischer Faktoren auf Wahlverhalten und Wahlentscheidung von unterschiedlichem Gewicht ist.

Während sich das Geschlecht auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen insgesamt gesehen relativ „geringfügig“ auswirkt, da sich das politische Verhalten von Frauen und Männern in den letzten Jahrzehnten stark angenähert hat, stellt das Alter der potentiellen Wähler/-innen schon eine dominantere Einflussgröße auf das Wahlverhalten dar. D. h. bedingt durch die demographische Zusammensetzung der Wiesbadener Wahlberechtigten haben die einzelnen Alters- und Geschlechtsgruppen nicht nur aufgrund ihrer Zahl in unterschiedlichem Maße die Möglichkeit, den Ausgang der Wahl aktiv zu beeinflussen, sondern auch der Einfluss dieser beiden demographischen Größen auf das Wahlverhalten ist von stark unterschiedlichem Gewicht.

*Alter
prägt stärker das Wahlverhalten
als das Geschlecht*

Strukturverschiebungen oder -änderungen im Altersaufbau der Wahlberechtigten werden sich aufgrund der Erkenntnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik sehr viel stärker auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen auswirken als Änderungen in der Geschlechterproportion. Letztere hatte sich gegenüber 2001 zudem nicht wesentlich verändert.

*Wahlbeteiligung
nach Geschlecht ...*

Im Allgemeinen zeigt sich immer noch, dass Männer von ihrem Wahlrecht stärker Gebrauch machen als Frauen, die Unterschiede sind jedoch nicht so gravierend und bewegen sich im Durchschnitt im Bereich von 1 bis 3 %-Punkten. Durchschlagender ist der Faktor Alter. Unter Einbeziehung des Alters zeigt sich, dass die Frauen in Wiesbaden nicht prinzipiell enthaltamer bei Kommunalwahlen waren als Männer, sondern nur in den jüngeren und älteren Altersgruppen. Dagegen zeigten die etwa in der Lebensmitte stehenden Frauen meist mehr Teilnahme als die Männer entsprechenden Alters (vgl. Bild 15).

... und Alter.

Betrachtet man allein das Alter, dann lassen sich erheblich größere Beteiligungsunterschiede feststellen. Bei der Kommunalwahl 2001 betrugen die altersbedingten Beteiligungsunterschiede bis zu 9 %-Punkte (vgl. Tab. 21)

Da es bei der jetzigen Kommunalwahl wieder möglich war, das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht zu analysieren, bestand auch die Gelegenheit, die aus der repräsentativen Wahlstatistik gewonnenen Erkenntnisse zum Partizipationsverhalten erneut zu überprüfen. Dies war besonders interessant angesichts der Annahme, dass der flexible Wahlmodus möglicherweise alters- und geschlechtsspezifische Ausprägungen im Beteiligungsverhalten zeitigen könnte. Die Erkenntnisse über die Wahlbereitschaft aus der repräsentativen Wahlstatistik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

*Erkenntnisse
aus der repräsentativen Wahl-
statistik zum Beteiligungs-
verhalten bleiben ...*

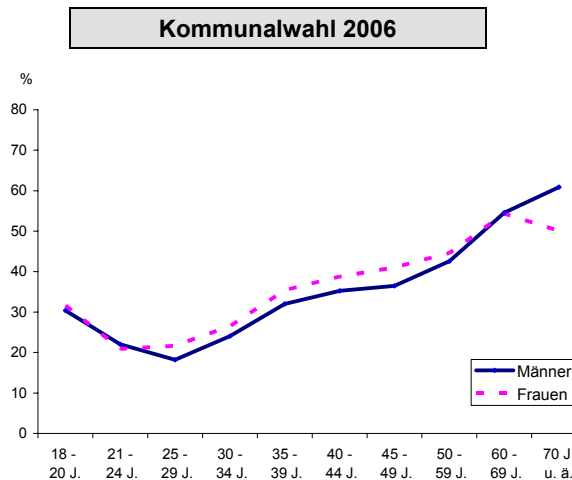
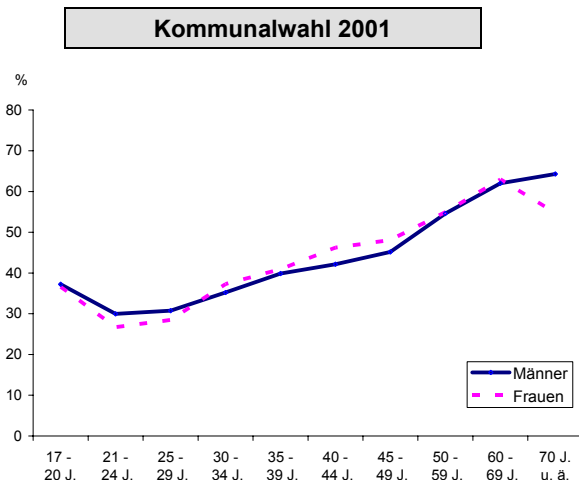
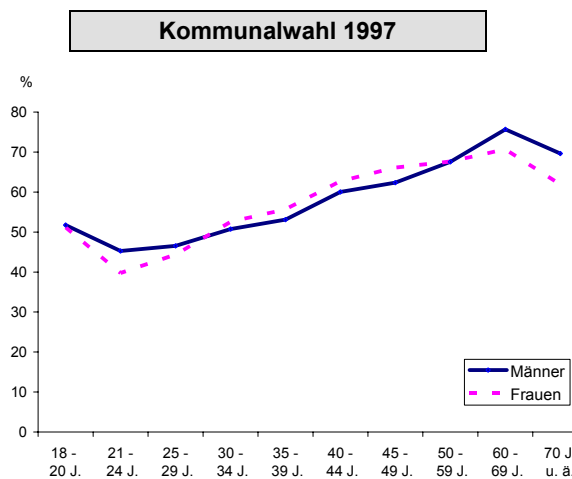
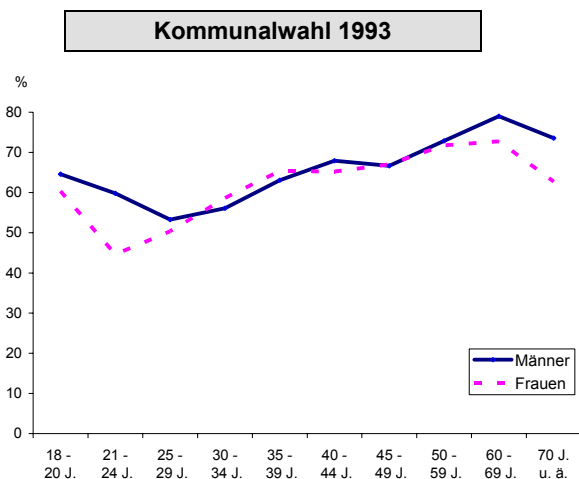
1. Der Einfluss der demographischen Faktoren Alter und Geschlecht auf die Wahlbereitschaft ist von unterschiedlicher Dominanz. Das Alter prägt in wesentlich stärkerem Maße die Wahlbereitschaft als das Geschlecht.
2. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahlbereitschaft an. Allerdings ist nicht die jüngste, sondern die zweitjüngste Altersgruppe am wahlmüdesten. Je älter die Wahlberechtigten sind, umso größer ist der Wahleifer. Wahlrecht wird hier als Wahlpflicht verstanden. Diese Älteren bestimmen somit nicht nur durch ihre strukturelle Überzahl den Ausgang von Wahlen, sondern darüber hinaus auch aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung. Erst im hohen Alter nimmt die Wahlteilnahme wieder ab.

Tab. 21 und Bild 15:
Wahlbeteiligung in Wiesbaden nach Geschlecht und Altersgruppen
bei den Kommunalwahlen 1993 bis 2006 ¹⁾

Repräsentativauszählung in ausgewählten allgemeinen Wahlbezirken

Altersgruppen in Jahren	Von 100 Wahlberechtigten beteiligten sich an der Wahl (Wahlbeteiligung in %)											
	Männer				Frauen				Männer und Frauen			
	KW 93	KW 97	KW 01	KW 06	KW 93	KW 97	KW 01	KW 06	KW 93	KW 97	KW 01	KW 06
18 bis 20	64,6	51,8	37,2	30,4	60,4	51,1	36,6	31,6	62,5	51,4	36,9	31,0
21 bis 24	59,8	45,3	30,0	22,0	44,6	39,8	26,7	20,9	52,1	42,5	28,1	21,4
25 bis 29	53,3	46,6	30,8	18,2	50,4	44,4	28,5	21,7	51,8	45,4	29,6	20,1
30 bis 34	56,1	50,8	35,2	24,1	58,7	52,6	37,3	26,5	57,4	51,6	36,2	25,3
35 bis 39	63,1	53,1	39,9	32,0	65,4	55,7	40,9	35,4	64,2	54,4	40,4	33,6
40 bis 44	67,9	60,0	42,2	35,3	65,2	62,7	46,2	38,8	66,6	61,4	44,1	36,9
45 bis 49	66,7	62,4	45,2	36,5	67,0	66,1	48,1	41,0	66,9	64,2	46,6	38,7
50 bis 59	72,9	67,6	54,6	42,6	71,8	67,6	54,9	44,6	72,3	67,6	54,8	43,6
60 bis 69	79,0	75,7	62,0	54,6	72,8	70,7	63,0	54,3	75,6	73,1	62,5	54,4
70 J. u. älter	73,6	69,6	64,3	60,9	62,7	61,9	54,8	50,0	66,0	64,3	58,2	54,3
Insgesamt	67,1	60,7	47,8	39,7	63,8	60,0	48,1	40,6	65,3	60,3	48,0	40,1

Zum Vergleich: Stadt Wiesbaden insgesamt | 64,7 59,4 47,1 39,7



1) Vergleich etwas eingeschränkt, da bei der Kommunalwahl 2001 17-Jährige wahlberechtigt.

3. Bei den verschiedenen Parlamentswahlen (Bundestagswahl, Landtagswahl, Kommunalwahl und Europawahl) verstärkt sich dieses Grundmuster in der Weise, dass die Wahlbeteiligung bei jüngeren Wahlberechtigten bei Wahlen mit geringer durchschnittlicher Partizipation stärker sinkt als bei älteren. Mit anderen Worten: Die Pendelausschläge sind in der Wahlbeteiligung von Wahlart zu Wahlart umso stärker, je jünger die Wahlberechtigten sind.
4. Prinzipiell ist die Wahlbereitschaft bei Frauen etwas geringer als bei Männern. In der Tendenz zeigen jedoch die in der Lebensmitte stehenden Frauen ein etwas stärkeres politisches Engagement als das andere Geschlecht entsprechenden Alters.

... trotz neuen Kommunalwahlrechts im Grundsatz bestehen.

An diesem Verhaltensmuster hat sich trotz neuem Kommunalwahlrecht im Wesentlichen nichts geändert. Zwar haben die Männer erneut in etwas stärkerem Maße als die Frauen Wahlabstinenz geübt, ansonsten zeigte sich das typische altersspezifische Partizipationsverhalten. Die Wahlenthaltung war nicht bei der jüngsten, sondern dieses Mal bei der drittjüngsten Altersgruppe am größten. Dies ist vor allem auf eine starke Beteiligungsabnahme bei den 25- bis 29-jährigen männlichen Wahlberechtigten zurückzuführen (vgl. Bild 15). Mit der nächsten Altersgruppe stieg die Wahlbeteiligung wieder kontinuierlich an. Die höchste Teilnahmequote wies die Altersgruppe der 60- bis 70-Jährigen auf, ein Sachverhalt, der sich - trotz neuem Kommunalwahlrecht - auch bei dieser Kommunalwahl wiederholte. Die Hochbetagten beteiligten sich an der Wahl sogar noch reger als die gut 50-Jährigen und viel stärker als die jüngere Generation.

Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht

*Aussagekraft
der repräsentativen Wahlstatistik*

Ohne die repräsentative Wahlstatistik wäre weder ein Einblick in die alters- und geschlechtsspezifische Wahlbeteiligung noch in deren Abstimmungsverhalten möglich. Auf dieser Grundlage ist es auch möglich, den alters- und geschlechtsspezifischen Gebrauch des neuen Kommunalwahlrechts nachzuvollziehen; also zu dokumentieren, ob mehr Frauen oder Männer die verschiedenen Möglichkeiten des Wahlrechts nutzten und welche Altersgruppen z. B. wie bisher wählten. Und da neben den Präferenzen für die Parteien auch die für die einzelnen Bewerber/-innen von Interesse sind, lassen sich mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik auch die „Fans“ der gewählten Kandidaten nach Alter und Geschlecht einigermaßen treffsicher charakterisieren.

Basis der repräsentativen Wahlstatistik, dies soll noch erwähnt werden, sind 14 (aus 189) ausgewählte Wahlbezirke. In die Stichprobe gelangen dadurch rd. 15 000 Wahlberechtigte; mit knapp 8 % aller Wahlberechtigten ist der Sample-Umfang groß genug, um davon auszugehen, dass die Stichprobe zuverlässige Werte liefert. Außerdem liegen die ausgewählten Stimmbezirke über das ganze Stadtgebiet Wiesbadens verstreut und sind stets so groß, dass durch die Differenzierung der Stimmzettel das Wahlgeheimnis nicht verletzt werden kann. Ergänzend muss noch gesagt werden, dass in die Stichprobe nur Urnenwähler/-innen gelangen. Da Briefwähler/-innen in der Regel anders wählen als Urnenwähler/-innen unterscheidet sich das Stichprobenergebnis vom Gesamtergebnis. Dieser Umstand hat den Aussagewert der repräsentativen Wahlstatistik bisher nur geringfügig behindert, allerdings hat der Briefwähler/-innenanteil auch bei dieser Kommunalwahl Bundestagswahlniveau erreicht: 18,6 % der Wähler/-innen stimmten per Briefwahl ab.

*Folgenden Fragestellungen
wird nachgegangen ...*

Eine differenzierte Betrachtung des Wahlentscheids nach Alter und Geschlecht eröffnet in Anbetracht des neuen Kommunalwahlrechts folgende Fragestellungen, denen im Weiteren sukzessive nachgegangen werden soll:

- In welchem Umfang haben die Wähler männlichen und weiblichen Geschlechts das neue Wahlrecht genutzt?
- Waren die jüngeren Altersgruppen von der Möglichkeit der „Persönlichkeitswahl“ stärker angetan als die älteren?
- Lassen sich bei den verschiedenen Altersgruppen Vorlieben für bzw. Abneigungen gegen bestimmte Parteien erkennen?
- Bevorzugen Frauen andere Parteien als Männer?
- Gibt es alters- und geschlechtsspezifische Präferenzen für bestimmte (gewählte) Kandidaten der einzelnen Parteien?

*Nutzung
des flexiblen Wahlrechts*

Zunächst ließ sich feststellen, dass die Möglichkeiten des neuen Kommunalwahlrechts von mehr als der Hälfte aller Wähler/-innen **ungenutzt** blieb.

... nach Geschlecht

Was nun das **geschlechtsspezifische** „Handling“ anbetrifft, so blieben etwas mehr Frauen (57 %) als Männer (56 %) bei der altbekannten Listenwahl. Schaut man sich das Wahlverhalten genauer an, dann fällt auf, dass sich die Frauen bei Stimmzetteleränderungen vor allem parteiorientiert verhielten, also eine Listenwahl mit Kennzeichnung einzelner Bewerber/-innen auf dieser einen Liste präferierten. Dagegen verhielt sich das männliche Geschlecht stärker parteiübergreifend, indem neben Veränderungen im favorisierten Wahlvorschlag vermehrt auch Stimmen für Kandidaten anderer Parteien abgegeben, d. h. panaschiert wurde. Bei der Abgabe von Wahlvorschlägen ohne Listenkreuz lassen sich kaum geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen (vgl. Tabelle 22).

Ein Vergleich mit der Nutzung des Wahlrechts bei der Kommunalwahl 2001 zeigt, dass die reinen Listenwähler bei den Männern zugenommen haben, bei den Frauen dagegen leicht zurückgegangen sind. Dabei blieb die geschlechtsspezifische Ausprägung aber erhalten: Frauen wählen parteiorientierter und weniger kandidatenfixiert als Männer.

... und Alter

Unter den **Altersgruppen** waren die ältesten Wähler/-innen am „experimentierfreudigsten“, sie nutzten die Möglichkeiten des neuen Wahlrechts am häufigsten, wobei ihnen die freie Kandidatenwahl sehr gelegen kam. Dagegen hielten sich die 25- bis 44-Jährigen bei der Ausübung des neuen Rechts zurück, nur 36 % bzw. 37 % gaben durch eigene Eintragungen ihrer individuellen Wahlentscheidung Ausdruck. Von der Gestaltungsmöglichkeit machten sogar die jüngeren Senioren mehr Gebrauch, indem sie sich vor allem im Panaschieren übten d. h. parteiübergreifend wählten (vgl. Tabelle 22).

Tab. 22:
Nutzung des neuen Kommunalwahlrechts ¹⁾
 Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

Geschlecht / Altersgruppen	Von den Wählerinnen und Wählern ...									
	wählten wie bisher 2)		nutzten die Möglichkeiten des neuen Wahlrechts ...							
			zusammen		mit einem Listenkreuz ...				ohne Listenkreuz	
					... und Veränderung im Wahlvorschlag		... und panaschierten Stimmen			
	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001
in %										
Männer										
18 bis 24 J.	55,8	46,6	44,2	53,4	12,5	18,2	21,2	26,4	10,6	8,8
25 bis 34 J.	61,7	60,2	38,3	39,8	16,1	16,8	15,0	16,5	7,3	6,6
35 bis 44 J.	60,9	56,4	39,1	43,6	12,8	18,8	17,7	17,8	8,6	7,0
45 bis 59 J.	57,2	51,5	42,8	48,5	15,0	22,7	17,1	16,6	10,7	9,3
60 J. u. älter	50,5	52,4	49,5	47,6	24,0	26,0	13,5	13,8	12,0	7,7
Insgesamt	55,7	53,6	44,3	46,4	18,0	22,0	15,8	16,4	10,5	7,9
Frauen										
18 bis 24 J.	57,0	56,2	43,0	43,8	13,1	17,6	23,4	19,0	6,5	7,2
25 bis 34 J.	66,4	64,5	33,6	35,5	13,9	13,1	13,4	15,7	6,3	6,7
35 bis 44 J.	66,0	60,5	34,0	39,5	13,9	17,8	13,0	13,4	7,1	8,2
45 bis 59 J.	56,4	52,9	43,6	47,1	15,6	22,8	17,9	15,8	10,2	8,5
60 J. u. älter	51,4	58,2	48,6	41,8	23,9	22,2	11,4	11,1	13,3	8,5
Insgesamt	57,2	57,9	42,8	42,1	18,3	20,3	14,2	13,7	10,3	8,2
Männer + Frauen										
18 bis 24 J.	56,4	51,5	43,6	48,5	12,8	17,9	22,3	22,6	8,5	8,0
25 bis 34 J.	64,3	62,3	35,7	37,7	14,8	15,0	14,2	16,1	6,7	6,6
35 bis 44 J.	63,4	58,4	36,6	41,6	13,3	18,3	15,4	15,6	7,9	7,6
45 bis 59 J.	56,8	52,2	43,2	47,8	15,3	22,7	17,5	16,2	10,4	8,9
60 J. u. älter	51,0	55,6	49,0	44,4	23,9	23,9	12,4	12,3	12,7	8,1
Insgesamt	56,5	55,8	43,5	44,2	18,1	21,1	15,0	15,0	10,4	8,1

1) Vergleich etwas eingeschränkt, da bei der Kommunalwahl 2001 17-Jährige wahlberechtigt.

2) Unveränderte Annahme eines Wahlvorschlags.

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8400_90R.XLS



*Parteipräferenzen
nach dem Alter ...*

Bei der Kommunalwahl 2001 hatten noch die jüngsten Wähler und die Gruppe der 45- bis 59-Jährigen ihren Wahlwillen durch Kumulieren, Panaschieren oder Streichen der Bewerber stärker kundgetan und damit den Persönlichkeitsaspekt des neuen Wahlrechts entsprechend betont.

Neben dem Aspekt, wer wie häufig von den neuen Gestaltungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht hat, steht die Stimmabgabe für die einzelnen Parteien natürlich immer im Mittelpunkt, da davon letztendlich die Sitzverteilung im Stadtparlament abhängt. Dabei stellt sich zunächst die Frage nach den parteiichen Vorlieben bzw. Abneigungen der einzelnen Altersgruppen, also welche Chancen die angetretenen Parteien bei den verschiedenen Altersgruppen hatten.

CDU

Dass die älteren Jahrgänge, etwa ab 50 Jahren, eine Vorliebe für die Christdemokraten haben, ist ein nahezu unumstößliches Faktum. Dagegen fand die CDU bei den jüngeren Wähler/-innen (18 bis 34 Jahre) immer unterdurchschnittlichen Zuspruch. Dies hat sich bei der jetzigen Wahl wieder bestätigt, doch ist der geringe Verlust für die CDU nicht auf eine Abwendung der jungen Wähler/-innen zwischen 18 und 34 Jahren zurückzuführen. Im Gegenteil: In dieser Altersklasse und in der nächsthöheren hat der Zuspruch für die CDU wieder zugenommen. Die etwas älteren Wähler/-innen waren dafür zurückhaltender als 2001 (vgl. Bild 16).

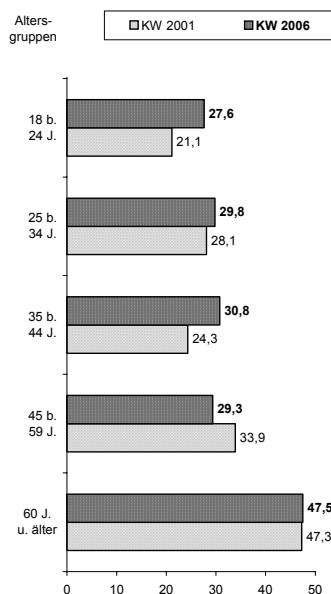
SPD

Die Aussage, dass die Sozialdemokraten vor allem von den jüngeren Wähler/-innen favorisiert werden, traf seit einiger Zeit nicht mehr zu. Wesentliche Stütze der SPD waren die in der Lebensmitte stehenden Wähler/-innen, aber auch die etwas Älteren (45 bis 59 Jahre) konnten sich für die Sozialdemokraten erwärmen. Die Verluste der SPD bei dieser Wahl gehen auf eine verminderte Akzeptanz bei allen Altersgruppen zurück. Im Vergleich zur Stadtverordnetenwahl 2001 hat die SPD insbesondere bei der Wählerschaft der 18- bis 24-Jährigen verloren; also jener Altersgruppe, bei der die Sozialdemokraten bei der letzten Wahl überdurchschnittlich abgeschnitten hatten. Vor allem die jungen Frauen aus dieser Altersgruppe wandten sich von der SPD ab (vgl. Bild 17).

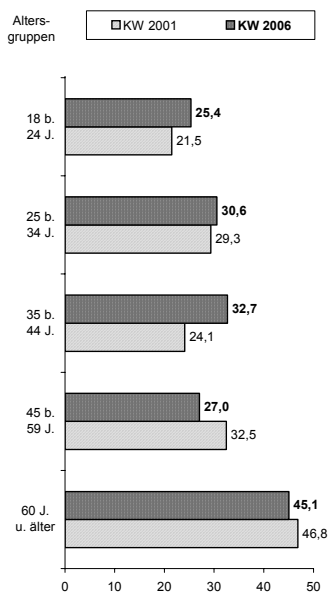
Bild 16

CDU-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2006 / 2001 ¹⁾ (in %)

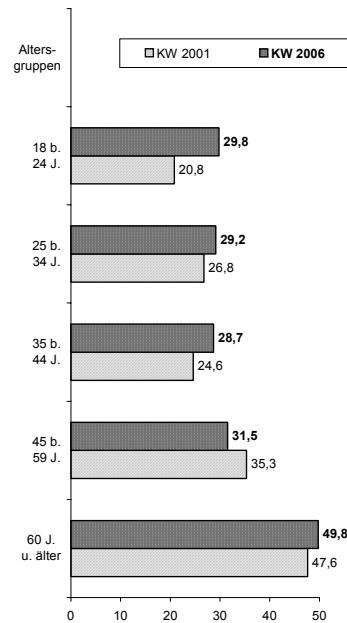
► **INSGESAMT**



► **Männer**



► **Frauen**



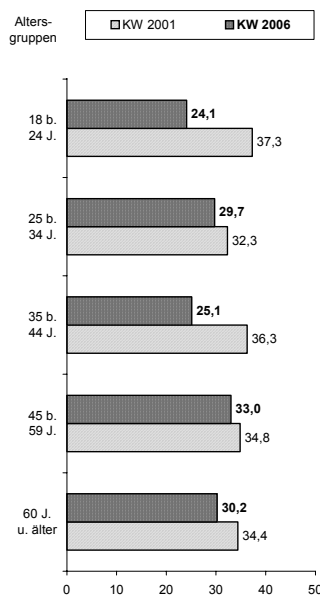
Lesebeispiel:

In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen wählen 2006 27,6 % die CDU, 2001 waren es noch 21,1 % gewesen.

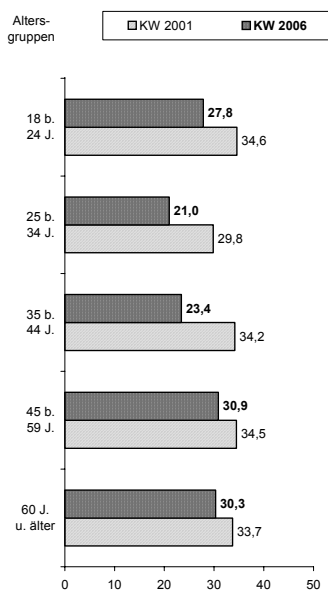
Bild 17:

SPD-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2006 / 2001 ¹⁾ (in %)

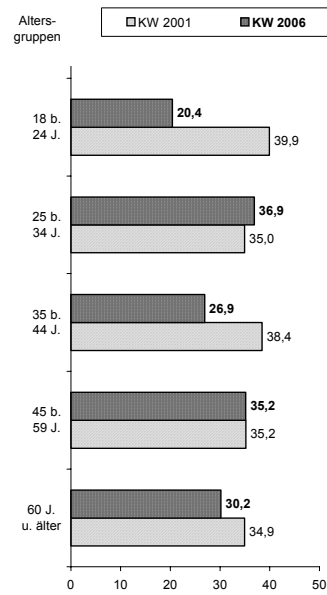
► **INSGESAMT**



► **Männer**



► **Frauen**



1) Vergleich etwas eingeschränkt, da bei der Kommunalwahl 2001 17-Jährige wahlberechtigt.

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung
Repräsentativauszahlung in ausgewählten Wahlbezirken

8400_51A.XLS

GRÜNE

Bei den jungen Altersgruppen waren die GRÜNEN immer Favorit. Inzwischen nicht mehr ganz so stark bei den Erst- und Jungwähler/-innen, sondern eher bei den etwas „gesetzteren Semestern“. D. h. die früheren Anhänger sind älter geworden und bei den nachgewachsenen Jungen scheint die Attraktivität der GRÜNEN nicht mehr ganz so groß. Die GRÜNEN konkurrieren jetzt in stärkerem Maße mit der SPD um die 35- bis 44-Jährigen. Der Wettbewerb um die Stimmen dieser Wählergruppe gestaltete sich bei der jetzigen Wahl zu Gunsten der GRÜNEN. Bei dieser, aber auch bei der jüngsten Altersgruppe konnten sie punkten. Ältere Wähler/-innen hatten für die GRÜNEN bisher wenig Interesse gezeigt, daran hat sich bei dieser Wahl insofern etwas geändert als insbesondere die 45- bis 59-Jährigen stärker als bisher die GRÜNEN favorisierten und damit das zweistellige Gesamtergebnis sicherten (vgl. Bild 18).

FDP

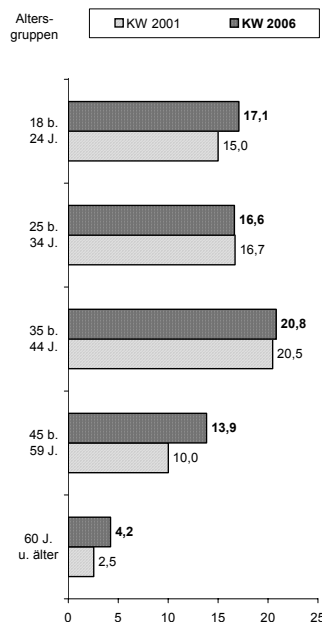
Bei der letzten Stadtverordnetenwahl 2001 hatten die Freien Demokraten bei allen Altersgruppen zugelegt, jedoch bei den mittleren und älteren Jahrgängen eine unterdurchschnittliche Resonanz erfahren. Dem sehr erfolgreichen Abschneiden der FDP stand dies jedoch nicht im Wege. Bei dieser Wahl musste sie bei fast allen Altersgruppen Stimmenverluste hinnehmen, was die FDP letztlich auch einige Sitze kostete. Vor allem die ältere Generation ab 45 Jahren wandte sich von den Freien Demokraten bei der jetzigen Wahl ab, während sie bei den 35- bis 44-Jährigen gegenüber 2001 vermehrt Zuspruch fand (vgl. Bild 19).

REP

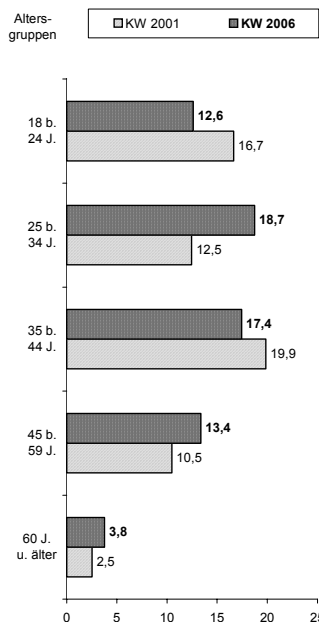
Über die altersspezifische Zuwendung zu dieser Partei ist bekannt, dass in Wiesbaden bisher vor allem die älteren Wähler/-innen zu ihren Befürwortern gehörten, während die in der Lebensmitte Stehenden eine stärkere Zurückhaltung übten. Bei der letzten Kommunalwahl 2001 hatte sich die altersspezifische Fürsprache der allgemein bekannten Struktur angepasst: Vor allem die jüngste Wählergruppe fühlte sich von den REPs angesprochen (vgl. Bild 20).

Bild 18:
GRÜNEN-Anteile nach Alter u. Geschlecht bei der Kommunalwahl 2006 / 2001 ¹⁾ (in %)

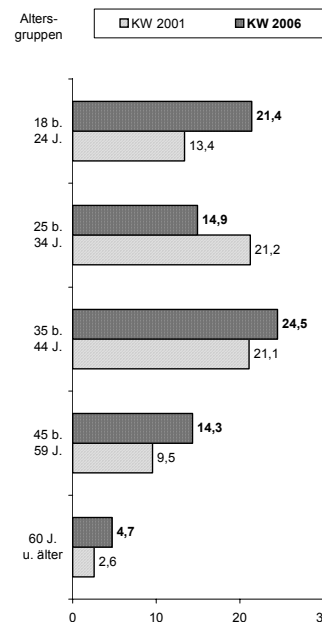
► INSGESAMT



► Männer



► Frauen

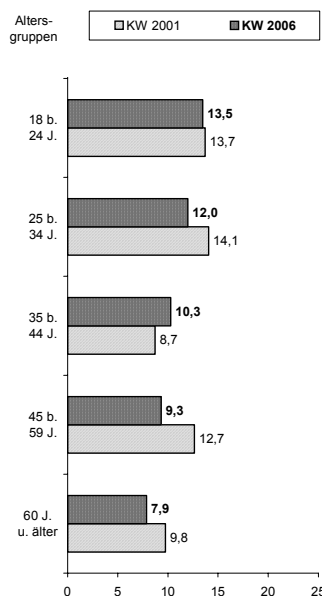


Lesebeispiel:

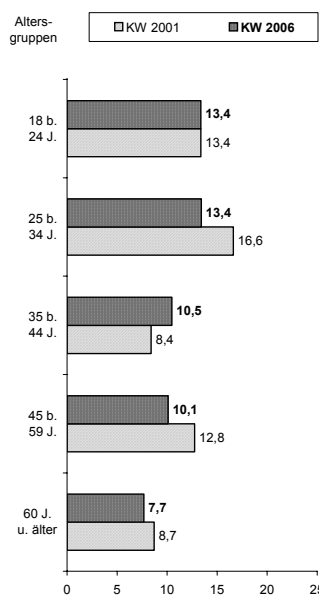
In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen wählen 2006 17,1 % die GRÜNEN, 2001 waren es noch 15,0 % gewesen.

Bild 19:
FDP-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2006 / 2001 ¹⁾ (in %)

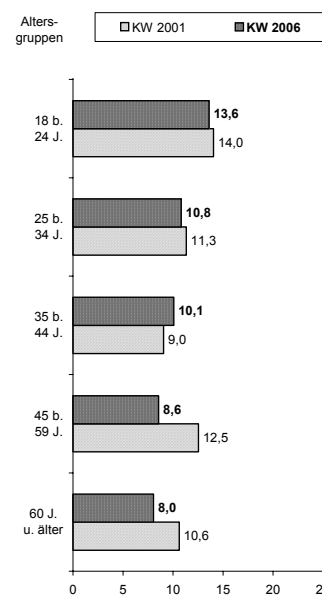
► INSGESAMT



► Männer



► Frauen



1) Vergleich etwas eingeschränkt, da bei der Kommunalwahl 2001 17-Jährige wahlberechtigt.

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung
Repräsentativauszahlung in ausgewählten Wahlbezirken

8400_51B.XLS



Obwohl der Stimmenanteil für die REPUBLIKANER bei dieser Wahl gegenüber 2001 nahezu konstant geblieben ist, gab es kleine Umstrukturierungen: Der Zuspruch der Senioren für diese Partei ging weiter zurück, während er bei den jüngeren Altersgruppen leicht anstieg. Die jüngste Altersgruppe, insbesondere männlichen Geschlechts, gehört damit weiterhin zu ihren überdurchschnittlichen Fürsprechern.

BLW

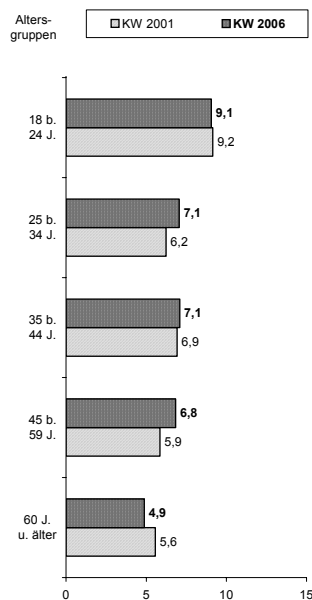
Dem vermeintlichen „Shooting Star“ dieser Wahl waren vor allem die „älteren Semester“ zugetan, während sich die jüngeren Altersgruppen, insbesondere die Jüngsten von der Bürgerliste wenig vertreten fühlten. Der Zuspruch fiel dementsprechend gering aus. Bei einer geschlechtsspezifischen Differenzierung fällt auf, dass vor allem die älteren Männer für die Bürgerliste votierten und mit zum „Sieg“ verhalfen.

LiLi und BüSo

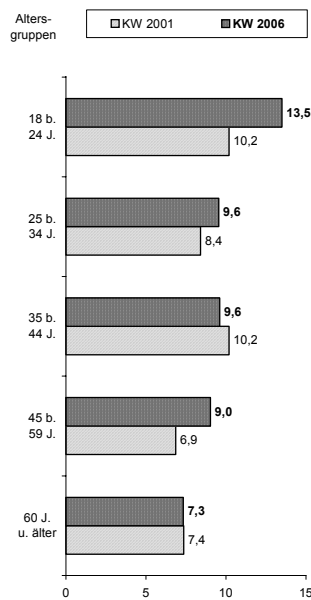
Für die Wählergruppen LiLi und BüSo war eine Differenzierung des Zuspruchs bei den einzelnen Altersgruppen nicht möglich bzw. sinnvoll, da Stimmenanzahl und -verteilung in der repräsentativen Wahlerhebung keine gesicherten Aussagen mehr zuließen.

Bild 20:
REP-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2006 / 2001 ¹⁾ (in %)

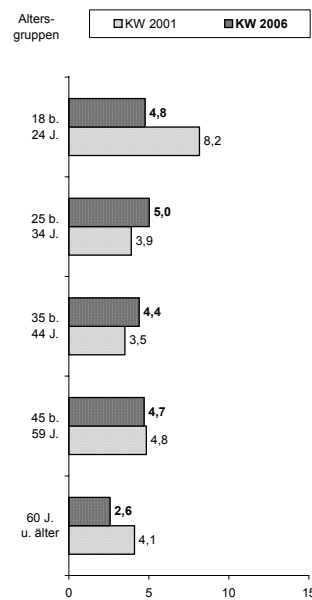
► INSGESAMT



► Männer



► Frauen

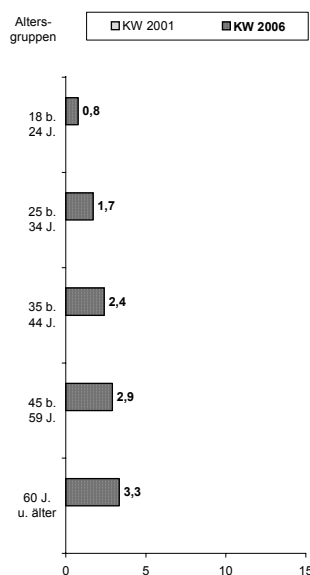


Lesebeispiel:

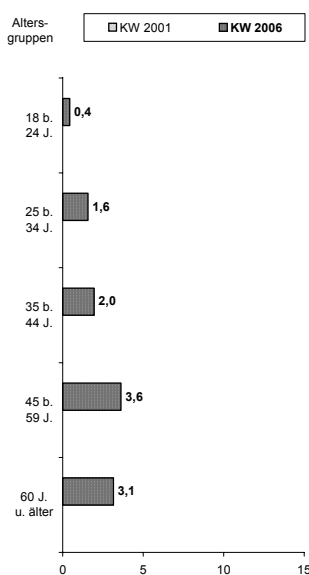
In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen wählen 2006 9,1 % die REP, 2001 waren es noch 9,2 % gewesen.

Bild 21:
BLW-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2006 ²⁾ (in %)

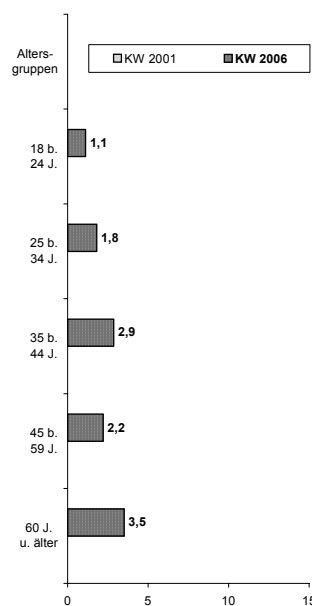
► INSGESAMT



► Männer



► Frauen



1) Vergleich etwas eingeschränkt, da bei der Kommunalwahl 2001 17-Jährige wahlberechtigt.

2) Kandidatur nur 2006.

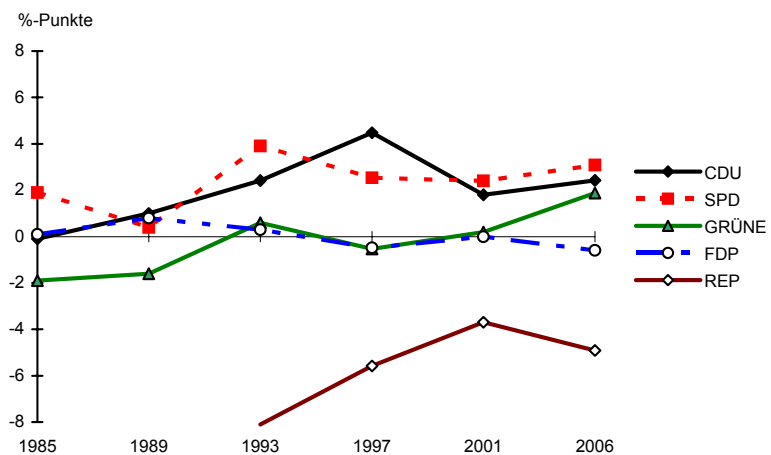
... und Geschlecht

Auch wenn das Wahlverhalten von Frauen und Männern keine so großen Unterschiede aufweist, wie dies bei einer Differenzierung nach dem Alter der Fall ist, interessiert doch der Gesichtspunkt, welche der angetretenen Parteien stärker von Frauen als vom anderen Geschlecht unterstützt wurde.

CDU

Die Christdemokraten hatten sich seit der Kommunalwahl 1985 immer mehr zu einer „Frauen-Partei“ entwickelt. War der Zuspruch der Frauen anfänglich gering, so votierten sie 2001 in stärkerem Maße für die CDU. Bei der jetzigen Wahl wurde die CDU wieder vermehrt von Frauen gewählt, wobei vor allem die ab 45-Jährigen am meisten dazu beitrugen (vgl. Bild 22).

Bild 22:
Kommunalwahlen seit 1985
... Frauen haben höheren Stimmenanteil als Männer ...
Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken



Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung 8400_48s.xls

**SPD**

Die Favoritenstellung der SPD bei den Frauen war, wie bei ihrer großen Konkurrentin, immer vorhanden, aber einigen Schwankungen unterworfen (vgl. Bild 22). Bei der letzten Wahl 2001 trugen vor allem die jüngeren Frauen dazu bei, dass die SPD eine „Frauen-Partei“ blieb. Auch bei dieser Wahl sprach sich verstärkt die jüngere Generation zwischen 25 und 34 Jahren für die Sozialdemokraten aus; aber auch in den älte-

ren Jahrgängen favorisierte das weibliche Geschlecht im Vergleich zu ihren männlichen Pendants diese Partei (vgl. Bild 22).

GRÜNE

Obwohl die GRÜNEN eine stark Frauen unterstützende Politik betreiben, wurden sie seit ihrem Auftreten bei Kommunalwahlen in Wiesbaden immer stärker von männlichen als von weiblichen Wählern akzeptiert. Nur bei den Kommunalwahlen 1993 und 2001 überwog in der Wählerschaft leicht das weibliche Geschlecht. Auch bei dieser Wahl wurden die GRÜNEN wieder stärker von Frauen als von Männern favorisiert (vgl. Bild 22 und 23), wobei dies vor allem auf die jüngste und die mittlere Altersgruppe zurückgeht. In der Tendenz scheinen sich die GRÜNEN bei den Frauen zu stabilisieren.

FDP

Anfangs konnte die FDP im Beobachtungszeitraum etwas mehr Frauen als Männer für sich mobilisieren. Allerdings waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede nie sehr groß. Bei der Kommunalwahl 2001 ließen sich in der Bilanz keine geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellen, wenn sich auch die älteren Frauen ab 60 Jahre vermehrt der FDP zugewandt hatten. Bei der jetzigen Wahl sprachen sich wieder mehr Männer als Frauen für die Freien Demokraten aus, der Unterschied war jedoch minimal (vgl. Tab. 23).

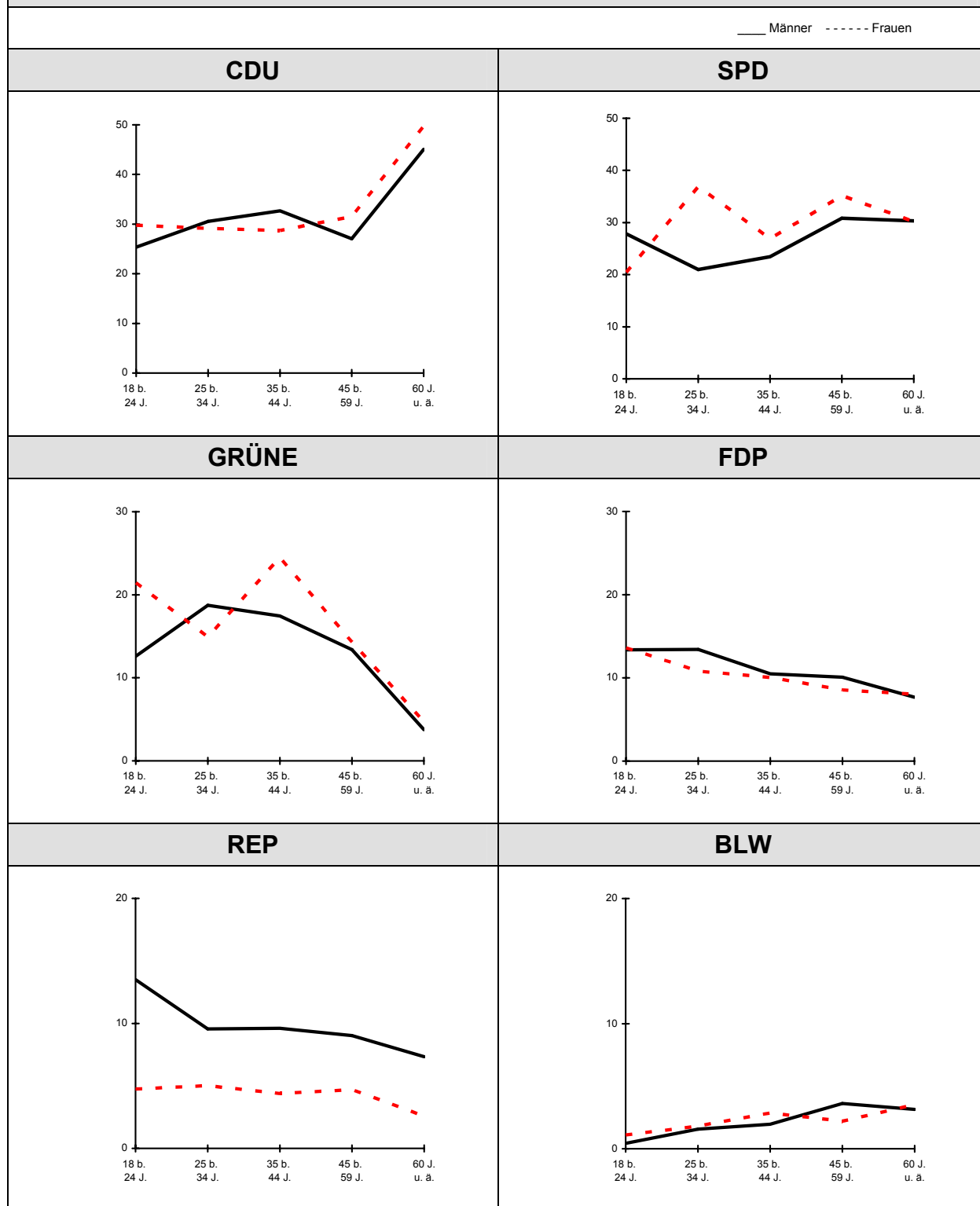
REP

Wie schon bei der Kommunalwahl 1993, als die REPUBLIKANER zum ersten Mal bei einer Stadtverordnetenwahl kandidierten, haben die männlichen Wähler weiterhin doppelt so viel zum Stimmenergebnis für diese Partei beigetragen wie die Frauen und das über nahezu alle Altersgruppen hinweg (vgl. Bild 23). Für diese Partei trifft das Etikett „Männer-Partei“ voll zu.

BLW

Zum erfolgreichen Abschneiden dieser Wählergruppe trugen in der Bilanz Frauen wie Männer gleich viel bei. Bei einer geschlechtsspezifischen Differenzierung lassen sich als starke Votierer dieser Liste vor allem die Männer zwischen 45 und 60 Jahren identifizieren (vgl. Bild 23).

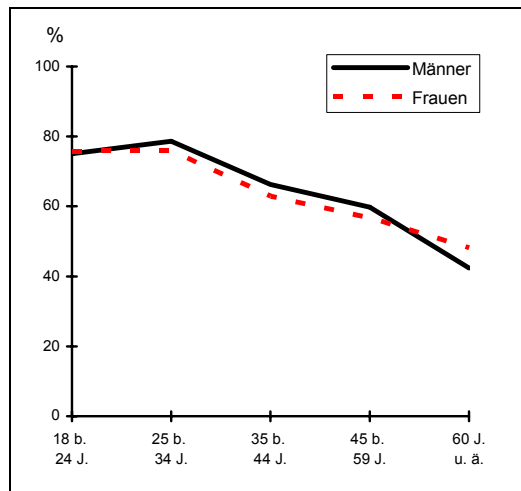
Bild 23:
Wahlentscheidung nach Geschlecht und Altersgruppen bei der Kommunalwahl 2006
 Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken (in %)



Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8400_28S.XLS

Nichtwähler/-innen



Leider reihten sich bei Kommunalwahlen meist mehr Frauen als Männer in die Gruppe der Nichtwähler/-innen ein. Zu dieser erhöhten Wahlabstinenz trugen vor allem die Frauen um die 20 und ältere ab 60 Jahre bei.

An diesem Sachverhalt hat sich auch bei der vergangenen Wahl nichts geändert, allerdings beteiligten sich die in der Lebensmitte stehenden Frauen stärker an der Wahl, so dass die insgesamt gezeigte Wahlmüdigkeit vermehrt auf männliches als auf weibliches Verhalten zurückzuführen ist.

Tab. 23:
Wahlentscheidung nach Geschlecht und Altersgruppen ¹⁾
bei den Kommunalwahlen 2006 und 2001
Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

Altersgruppen in Jahren	Von den gültigen Stimmen der Wähler/-innen in den verschiedenen Altersgruppen erhielten (in %) ...													
	CDU		SPD		GRÜNE		FDP		REP		BLW		Sonstige 2)	
	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001
<u>Männer</u>														
18 bis 24 J.	25,4	21,5	27,8	34,6	12,6	16,7	13,4	13,4	13,5	10,2	0,4	x	6,9	3,7
25 bis 34 J.	30,6	29,3	21,0	29,8	18,7	12,5	13,4	16,6	9,6	8,4	1,6	x	5,2	3,4
35 bis 44 J.	32,7	24,1	23,4	34,2	17,4	19,9	10,5	8,4	9,6	10,2	2,0	x	4,4	3,3
45 bis 59 J.	27,0	32,5	30,9	34,5	13,4	10,5	10,1	12,8	9,0	6,9	3,6	x	6,0	2,9
60 J. und älter	45,1	46,8	30,3	33,7	3,8	2,5	7,7	8,7	7,3	7,4	3,1	x	2,7	0,9
Insgesamt	35,3	34,5	28,0	33,6	11,1	10,3	9,7	11,1	8,8	8,1	2,8	x	4,4	2,4
<u>Frauen</u>														
18 bis 24 J.	29,8	20,8	20,4	39,9	21,4	13,4	13,6	14,0	4,8	8,2	1,1	x	8,9	3,7
25 bis 34 J.	29,2	26,8	36,9	35,0	14,9	21,2	10,8	11,3	5,0	3,9	1,8	x	1,4	1,8
35 bis 44 J.	28,7	24,6	26,9	38,4	24,5	21,1	10,1	9,0	4,4	3,5	2,9	x	2,6	3,3
45 bis 59 J.	31,5	35,3	35,2	35,2	14,3	9,5	8,6	12,5	4,7	4,8	2,2	x	3,5	2,5
60 J. und älter	49,8	47,6	30,2	34,9	4,7	2,6	8,0	10,6	2,6	4,1	3,5	x	1,3	0,2
Insgesamt	37,7	36,3	31,1	35,9	12,9	10,5	9,1	11,1	3,9	4,4	2,8	x	2,5	1,7
<u>Männer + Frauen</u>														
18 bis 24 J.	27,6	21,1	24,1	37,3	17,1	15,0	13,5	13,7	9,1	9,2	0,8	x	7,9	3,7
25 bis 34 J.	29,8	28,1	29,7	32,3	16,6	16,7	12,0	14,1	7,1	6,2	1,7	x	3,1	2,6
35 bis 44 J.	30,8	24,3	25,1	36,3	20,8	20,5	10,3	8,7	7,1	6,9	2,4	x	3,5	3,3
45 bis 59 J.	29,3	33,9	33,0	34,8	13,9	10,0	9,3	12,7	6,8	5,9	2,9	x	4,7	2,7
60 J. und älter	47,5	47,3	30,2	34,4	4,2	2,5	7,9	9,8	4,9	5,6	3,3	x	1,9	0,5
Insgesamt	36,5	35,5	29,6	34,8	12,0	10,4	9,4	11,1	6,3	6,2	2,8	x	3,4	2,1
<u>ZUM VERGLEICH</u>														
Alle allg. Wahlbezirke (= Urnenwahl)	35,0	35,3	31,0	35,6	12,4	10,3	8,8	12,0	5,4	5,1	3,6	x	3,8	1,7
Gesamtergebnis (= einschl. Briefwahl)	36,1	36,5	30,3	34,7	12,1	10,2	9,0	12,0	5,0	4,9	3,7	x	3,7	1,7
1) Vergleich etwas eingeschränkt, da bei der Kommunalwahl 2001 17-Jährige wahlberechtigt 2) Sonstige: 2001 = LiLi / 2006 = LiLi und BüSo x = keine Kandidatur 2001														
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung 														

Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien nach demographischen Merkmalen Für die politischen Akteure stellt sich unter anderem auch die Frage nach dem Profil der Anhängerschaft der angetretenen politischen Gruppierungen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Wählerstruktur der Parteien nach Alter und Geschlecht, wobei zu Vergleichszwecken auch die Zusammensetzung der gesamten Wählerschaft nach demographischen Merkmalen aufgeführt ist.

Tab. 24:**Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2006**

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

(in %)

Geschlecht / Altersgruppen	Wähler/-innen insgesamt	Von den gültigen Stimmen für den Wahlvorschlag stammen aus den verschiedenen Altersgruppen ...					
		CDU	SPD	GRÜNE	FDP	REP	BLW
Männer							
18 b. 24 J.	4,6	3,3	4,5	5,2	6,3	7,0	0,7
25 b. 34 J.	8,7	7,5	6,5	14,7	12,0	9,5	5,0
35 b. 44 J.	21,8	20,1	18,2	34,3	23,5	23,8	15,4
45 b. 59 J.	27,2	20,9	30,0	32,9	28,3	28,0	35,8
60 J. u. älter	37,7	48,2	40,8	12,8	29,9	31,6	43,1
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100
Frauen							
18 b. 24 J.	4,5	3,6	3,0	7,5	6,8	5,6	1,8
25 b. 34 J.	10,2	7,9	12,1	11,8	12,2	13,3	6,7
35 b. 44 J.	19,4	14,8	16,8	36,7	21,4	22,1	20,2
45 b. 59 J.	27,0	22,6	30,5	29,9	25,4	33,0	21,6
60 J. u. älter	38,8	51,2	37,6	14,1	34,2	26,0	49,6
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100
Männer u. Frauen							
18 b. 24 J.	4,5	3,4	3,7	6,5	6,5	6,6	1,3
25 b. 34 J.	9,5	7,7	9,5	13,1	12,1	10,7	5,9
35 b. 44 J.	20,6	17,3	17,4	35,6	22,5	23,3	17,9
45 b. 59 J.	27,1	21,8	30,2	31,3	26,9	29,6	28,6
60 J. u. älter	38,3	49,8	39,1	13,5	32,0	29,8	46,4
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8400_34S.XLS



Danach ist bei ...

der CDU

die Wählerschaft alterslastig. Nahezu 72 % sind über 45 Jahre, während der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtwählerschaft etwa 65 % ausmacht. Dagegen sind alle anderen Jahrgänge unterrepräsentiert, insbesondere die um die 40 Jahre alten Bürger.

der SPD

die Wählerschaft ebenfalls leicht alterslastig. Während die zweitjüngste Altersgruppe derjenigen im Gesamtelektorat noch proportional entspricht, ist die jüngste wie die mittlere Altersklasse in der Wählerschaft der SPD unterrepräsentiert.

den GRÜNEN

die Wählerschaft in überdurchschnittlichem Maße durch die „Jungen“ bestimmt, wobei allerdings der Schwerpunkt bei der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen liegt. In dieser Gruppe erreichten die GRÜNEN ein Ergebnis, das 75 % über dem Anteil dieser Wählergruppe an allen Wahlbeteiligten liegt. Die „Jugendlichkeit“ lässt sich auch so umschreiben: Nur 14 % der über 60-Jährigen befinden sich im Wählerpool der GRÜNEN.

der FDP

die Wählerschaft relativ ausgewogen, d. h. sie konnte bei der Kommunalwahl die Altersgruppen in etwa in der Proportion für sich gewinnen, wie sie der Struktur aller Wählenden entsprach. Die ehemals starke Repräsentanz der älteren Jahrgänge ist in der „Spaßpartei“ nicht mehr vorhanden, im Gegenteil: die Jüngeren nahmen zu.

den REP

die Wählerschaft etwas jugendlastig. Gut 40 % sind unter 45 Jahre, während der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtwählerschaft 35 % ausmacht. Die über 45-Jährigen sind dagegen unterrepräsentiert.

der BLW

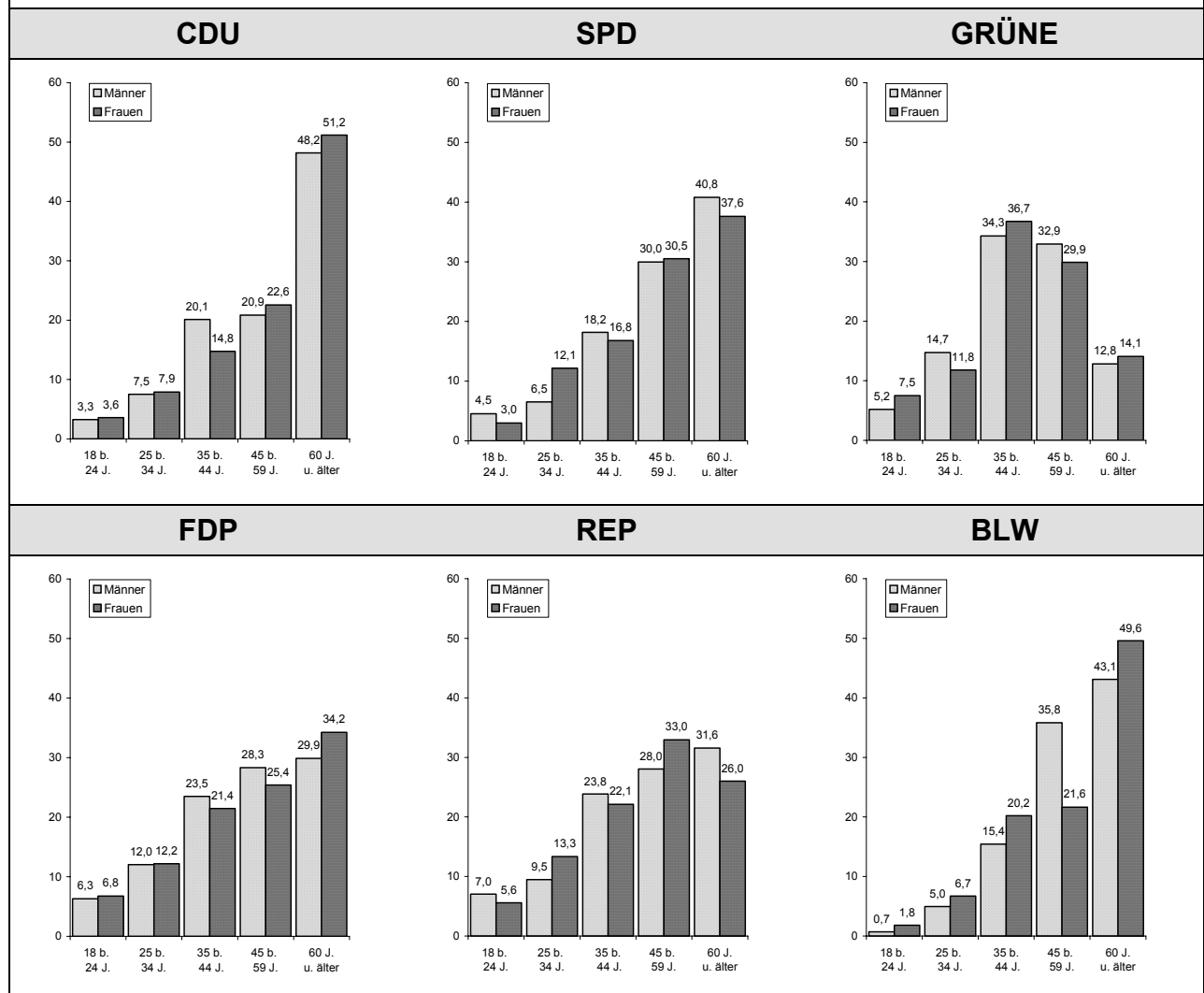
die Wählerschaft ähnlich wie bei der CDU stark alterslastig. Vor allem die über 60-Jährigen prägen die Struktur der Anhängerschaft nachhaltig.

Das folgende Bild veranschaulicht die unterschiedliche demographische Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien.

Bild 24:
Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien
bei der Kommunalwahl 2006

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

(in %)



Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8400_36S.XLS

*Votum
für die neuen Stadtverordneten
nach Geschlecht und Alter*

Da es nicht zuletzt für die neuen Stadtverordneten selbst interessant sein dürfte, von wem sie gewählt worden sind, also welche „Fan-Gemeinde“ sie haben, soll noch ein Blick auf das alters- und geschlechtsspezifische Votum für die neuen Mandatsträger/-innen geworfen werden.

Es lässt sich in der Tendenz sagen, dass die weiblichen Abgeordneten verstärkt von Frauen gewählt wurden. Zwar sind CDU und SPD so genannte „Frauenparteien“, d. h. sie werden unterm Strich von mehr Frauen als Männern gewählt. Dies dokumentiert sich auch in Tabelle 25. Dennoch ist erkennbar, und dies trifft auch auf die GRÜNEN zu, dass Frauen überdurchschnittlich für weibliche Mandatsträger votierten. Bei der FDP lässt sich dies nur für eine der zwei Abgeordneten sagen. Zudem wird die FDP ja mehr von Männern als von Frauen gewählt. Dies trifft auch auf die kleineren Gruppierungen des linken und rechten Lagers zu. Sowohl die LiLi als auch die REPUBLIKANER sind so genannte „Männerparteien“ und dies spiegelt sich auch im geschlechtsspezifischen Votum für deren Repräsentanten wider.

Was nun das altersspezifische Votum für die gewählten Bewerber/-innen anbetrifft, so lassen sich keine allzu großen altersstrukturellen Unterschiede zwischen den Mandatsträger/-innen einer Partei entdecken. D. h. die Zustimmung für die neuen Stadtverordneten differiert in den einzelnen Altersgruppen parteiübergreifend stärker als in den eigenen Reihen. Vielleicht mit einer Ausnahme: Der Spitzenkandidatin der GRÜNEN, Frau Rita Thies ist es gelungen ins Lager der älteren Semester einzudringen. Sie wurde in überdurchschnittlichem Maße von älteren Frauen gewählt. Wie die „Fan-Gemeinden“ der neuen Mandatsträger/-innen im Einzelnen aussehen ist Tabelle 25 zu entnehmen.

Tab. 25:
Alters- und geschlechtsspezifisches Votum
für die neuen Mandatsträger/-innen

CDU, SPD

Partei	Name	Die auf die Bewerber/-innen entfallenen Stimmen stammen zu ... % von ...						
		Männern	Frauen	Wähler/-innen der Altersgruppe ...				
				18 bis 24 J.	25 b. 34 J.	35 b. 44 J.	45 b. 59 J.	60 J. u. älter
⇒ CDU	101 Lorenz, Bernhard	49,9	50,1	3,5	7,4	16,8	20,4	52,0
	102 Thiels, Angelika	47,5	52,5	3,1	7,0	15,6	20,5	53,8
	103 Kessler, Hans-Martin	49,0	51,0	3,7	7,8	18,0	20,8	49,8
	104 Nickel, Wolfgang	49,2	50,8	3,9	6,4	15,1	21,7	52,9
	105 Scholz, Rose-Lore	48,2	51,8	3,7	7,4	18,0	20,6	50,2
	106 Oschmann, Petermartin	48,6	51,4	3,6	7,5	17,4	21,7	49,9
	107 Petri, Marion	48,5	51,5	3,7	8,1	17,9	21,1	49,3
	108 Spruch, Claudia	48,6	51,4	3,7	8,3	18,0	20,8	49,3
	109 Weinerth, Ulrich	48,3	51,7	3,6	7,7	17,5	21,1	50,1
	110 Glas, Rudolf-Lothar	49,2	50,8	3,6	7,5	17,9	21,7	49,3
	111 Tollebeek, Torsten	48,5	51,5	3,8	7,9	18,0	21,2	49,0
	112 Mucha, Monika	48,3	51,7	3,7	7,9	17,8	21,2	49,3
	113 Queck, Katharina	47,6	52,4	3,8	7,8	17,9	21,8	48,7
	114 Schlempp, Dieter	48,6	51,4	3,3	7,2	17,8	20,9	50,8
	115 Niedenthal, Erhard	48,8	51,2	3,5	7,1	17,1	21,8	50,6
	116 Laubmeyer, Manfred	48,5	51,5	3,4	7,0	17,1	20,9	51,6
	117 Skolik, Helga	47,6	52,4	3,6	7,4	17,9	21,1	50,1
	118 Seibert, Johann-Ludwig	48,0	52,0	3,8	7,3	16,8	21,9	50,2
	119 Pfeifer, Rainer	48,3	51,7	3,6	7,4	17,3	21,3	50,3
	120 Ernst, Manfred	47,6	52,4	3,6	7,8	17,2	21,6	49,9
	121 Michna, Hans-Achim	48,2	51,8	3,7	7,9	17,5	21,3	49,7
	122 Röck-Knüttel, Nicole	47,1	52,9	3,8	7,9	17,6	21,2	49,6
	123 Koch, Karsten	47,6	52,4	3,4	7,8	16,9	21,2	50,8
	124 Spallek, Stefan	48,3	51,7	3,9	7,9	17,4	21,2	49,7
	125 Gores, Wolfgang	48,1	51,9	3,8	7,4	17,2	22,5	49,1
	126 Völker, Dr., Reinhard	47,5	52,5	3,6	7,6	17,1	21,1	50,6
	130 Jentsch, Dr., Doris	46,4	53,6	3,0	7,0	15,9	21,4	52,7
	135 Wallmann, Astrid	47,5	52,5	3,4	7,7	17,2	21,9	49,8
	138 Stoll-Steffan, Dr., Marie-Luise	46,9	53,1	3,2	7,7	17,9	21,5	49,7
⇄ SPD	201 Wansner, Elke	48,4	51,6	3,5	9,0	16,3	31,2	40,0
	202 Schickel, Hans Peter	47,7	52,3	3,7	9,9	17,0	30,0	39,4
	203 Goßmann, Dr., Michael	48,2	51,8	3,4	8,9	16,6	29,5	41,7
	204 Schuster, Rainer	48,6	51,4	3,3	9,3	16,3	29,6	41,5
	205 Wolf, Gabriele	48,1	51,9	3,5	9,9	17,4	30,7	38,4
	206 Herber, Wolfgang	47,7	52,3	3,6	8,7	15,4	30,0	42,3
	207 Ruf, Nadine	47,2	52,8	3,9	10,1	17,7	30,0	38,4
	208 Nehrbaß, Helmut	48,7	51,3	3,7	9,3	17,1	29,6	40,2
	209 Akasoy-Pertzborn, Ruth	47,6	52,4	3,9	9,9	17,6	29,9	38,8
	210 Volk-Borowski, Dennis	47,9	52,1	4,2	9,8	17,6	29,8	38,6
	211 Gerich, Sven	47,7	52,3	4,0	9,5	17,3	31,9	37,3
	212 Horschler, Dieter	48,0	52,0	3,7	9,2	17,2	29,1	40,8
	213 Wolf, Renate	46,4	53,6	3,9	9,4	16,9	30,5	39,2
	214 Kötschau, Sven	47,6	52,4	3,7	9,4	17,8	29,7	39,4
	215 Gretz-Roth, Dr., Vera	45,9	54,1	4,0	9,0	18,0	30,4	38,6
	216 Richter, Dr., Jürgen	46,6	53,4	3,8	9,5	17,4	29,3	39,9
	218 Kopp, Angelika	45,7	54,3	3,4	9,3	17,4	29,7	40,3
	219 Imholz, Axel	47,2	52,8	3,7	9,6	17,6	29,0	40,0
	220 Maaß, Regina	46,7	53,3	3,4	9,6	17,3	29,7	39,9
	223 Ries, Klaus	46,5	53,5	3,4	8,9	17,4	29,7	40,5
	224 Roßel, Karl	47,2	52,8	3,4	9,1	16,5	30,4	40,6
	225 Schäfer, Margot	46,1	53,9	3,5	9,3	17,3	29,4	40,4
	227 Knauer, Christa	45,6	54,4	3,5	9,5	18,3	29,7	39,0
	236 Wilhelmy, Veit	46,7	53,3	4,3	9,8	18,5	29,6	37,7
	243 Fleuren, Erika	45,3	54,7	3,6	9,7	17,1	30,9	38,7

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



noch Tab. 25:

GRÜNE, FDP, REP, LiLi und BLW

Partei		Name	Die auf die Bewerber/-innen entfallenen Stimmen stammen zu ... % von ...						
			Männern	Frauen	Wähler/-innen der Altersgruppe ...				
					18 bis 24 J.	25 b. 34 J.	35 b. 44 J.	45 b. 59 J.	60 J. u. älter
⇒ GRÜNE	301 Thies, Rita	46,2	53,8	5,7	11,4	31,5	33,2	18,2	
	302 Burghardt, Stefan	46,8	53,2	6,6	12,9	34,8	31,2	14,6	
	303 Reinhardt, Dr., Tilli	45,7	54,3	6,2	12,7	35,0	31,0	15,1	
	304 Müller, Hubert	46,2	53,8	6,6	12,9	35,4	31,4	13,6	
	305 Winheim, Rosa Maria	45,9	54,1	6,6	13,2	35,7	31,1	13,4	
	306 Große, Claus-Peter	46,1	53,9	6,4	13,1	35,5	31,3	13,7	
	307 Gaedeke, Sabine	44,9	55,1	6,5	13,2	35,6	31,9	12,8	
	308 Waldeck, Andreas	45,1	54,9	6,5	13,8	36,3	30,7	12,7	
	309 Brenneis, Dr., Helga	45,0	55,0	6,4	13,1	35,4	31,6	13,5	
	311 Schreiber, Bettina	45,3	54,7	6,7	13,0	36,3	31,2	12,8	
	⇒ FDP	401 Schlempp, Michael	53,5	46,5	6,4	11,1	21,9	24,2	36,4
402 Klüssendorf, Brigitte		51,7	48,3	6,4	12,3	22,9	25,9	32,5	
403 Schwarz, Wolfgang		52,6	47,4	6,5	12,3	21,3	25,9	34,0	
404 von Scheidt, Helmut		52,2	47,8	6,1	11,0	21,5	24,5	37,0	
405 Diers, Christian		52,7	47,3	7,1	13,6	22,0	26,3	30,9	
408 Kracht, Annegret		50,3	49,7	6,0	10,6	18,4	26,0	39,1	
409 Claussen, Dr., Boye		50,9	49,1	6,6	11,0	22,1	26,0	34,3	
501 Enderes, Mark Olaf		69,4	30,6	6,8	10,2	22,1	29,9	31,0	
⇒ REP	502 Schadt, Peter	69,4	30,6	6,7	10,9	22,3	30,0	30,2	
	503 von Tietzen und Hennig, Ralf	68,4	31,6	6,7	10,1	23,2	29,8	30,2	
	506 Lerschmacher, Dr., Karin	68,9	31,1	6,6	11,1	22,8	29,6	29,9	
	601 Bohrer, Hartmut	61,2	38,8	8,8	7,8	20,0	40,9	22,5	
⇒ LiLi	602 Becker, Jürgen	64,8	35,2	10,7	6,4	23,1	38,6	21,2	
	603 Coigné, Mechthilde	63,9	36,1	10,6	6,7	23,1	36,8	22,8	
⇒ BLW	801 von Poser und Groß-Naedlitz, Dr., Michael	48,4	51,6	2,2	4,5	13,3	28,5	51,4	
	802 Schüler, Ralph	49,1	50,9	3,2	5,0	16,9	27,9	47,1	
	803 Reiß, Thorsten	50,6	49,4	1,7	5,5	17,4	27,8	47,6	

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8470_02H.XLS



Wählerwanderungen zwischen den Stadtverordnetenwahlen 2001 und 2006

Wählergunst auf Wanderschaft

Die Frage nach den Wählerwanderungen zwischen den Parteien stellt sich traditionell im Nachgang zu jeder Wahl. Sie beschäftigt Öffentlichkeit und Wahlanalytiker, vor allem aber die Politikerinnen und Politiker: Die Gewinner der Wahl möchten erfahren, welcher Partei sie Wähler abwerben konnten. Verlierer wollen wissen, an wen sie Stimmen abgeben mussten. Von besonderem strategischem Interesse ist dabei auch immer der Austausch mit der „Partei der Nichtwähler“: Je nach Umfang und Richtung der Wanderungsbewegung können Mobilisierungserfolge oder -defizite diagnostiziert werden.

Wie „treu“ waren nun Wiesbadens Wählerinnen und Wähler ihren Parteien am vergangenen Sonntag? Welche Verschiebungen, welche Wanderungsbewegungen haben stattgefunden seit der letzten Stadtverordnetenwahl vor fünf Jahren? Welche Partei hatte am meisten unter der Wahlenthaltung zu leiden?

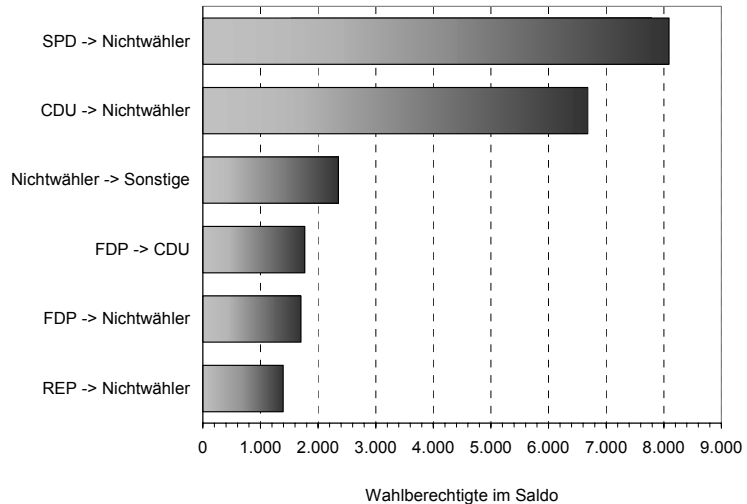
Modell ermöglicht Schätzung der Wanderungsbewegungen

Zur Beantwortung dieser zentralen Frage wird ein mathematisch-statistisches Verfahren eingesetzt, das in der Wahlforschung als **Logit-Modell** bekannt und bewährt ist. Es beruht auf den Veränderungen der Stimmenanteile in den einzelnen Wiesbadener Wahlbezirken: Wenn in besonders vielen Bezirken Stimmeneinbußen einer Partei mit Zugewinnen einer anderen einhergehen, so gilt dies als Indiz für Wählerwanderungen zwischen eben diesen zwei Parteien. Auch die Nichtwähler werden als eigene „Partei“ betrachtet, die „Stimmen“ an andere abgeben oder von anderen profitieren kann.

Bilanz der Gewinne und Verluste

Bild 25 illustriert die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung für die einzelnen Wahlvorschläge. Der Übersichtlichkeit halber werden nicht sämtliche einzelnen Wanderungsströme dargestellt, sondern deren Salden - jener Teil der Wählerwanderungen also, der nicht durch Bewegungen in die Gegenrichtung kompensiert wird. Auch sind solche „Netto-Bilanzen“ graphisch nur dann nachgewiesen, wenn sie mindestens 1 000 Wahlberechtigte ausmachen.

Bild 25:
Bilanz der Wählerwanderungen in Wiesbaden
zwischen den Stadtverordnetenwahlen 2001 und 2006



Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung



*Unter der Wahlenthaltung
 litt am meisten die SPD, ...*

Nahezu sämtlichen Parteien machte die niedrige Wahlbeteiligung zu schaffen. In erster Linie traf es die **SPD**, die von der geringeren Gesamt-Stimmenzahl auch noch einen kleineren Anteil erhielt. Per Saldo gingen ihr die Stimmen von rund 8 000 Wahlberechtigten durch Wahlenthaltung verloren. Auch wechselten ehemalige SPD-Wähler zu den GRÜNEN und den REPUBLIKANERN, allerdings nur in vergleichsweise geringem Umfang.

*... aber auch die CDU tat sich
 bei der Mobilisierung schwer*

Die **Christdemokraten** hatten ebenfalls Schwierigkeiten, ihre Klientel zu mobilisieren: In der Netto-Bilanz kehrten rund 6 700 Ex-CDU-Wähler am letzten Sonntag der Union den Rücken und verzichteten auf die Ausübung ihres Wahlrechts. Einen Teil der Verluste konnte die CDU dadurch wettmachen, dass es ihr gelang, knapp 1 800 ehemalige FDP-Wähler für sich einzunehmen.

*Den GRÜNEN
 blieben ihre Anhänger treu*

Die **GRÜNEN** vermochten ihre Anhänger bei der Stange zu halten. Sie erhielten in etwa dieselbe Stimmenzahl wie vor fünf Jahren. Die niedrigere Wahlbeteiligung traf sie kaum, denn die Bilanz mit den Nichtwählern ist nahezu ausgeglichen. Größere Austauschbewegungen zwischen den Bündnisgrünen und den anderen Parteien gab es nicht.

*„Wählerstromkonto“
der FDP im Minus*

Die **Freien Demokraten** in Wiesbaden erzielten am letzten Sonntag ein Ergebnis, das um mehr als 300 000 Stimmen - umgerechnet rund 4 000 Wählerinnen und Wähler - unter dem der letzten Stadtverordnetenwahl lag. Der Verlust ist jeweils knapp zur Hälfte auf Übergänge zu den Nichtwählern und zur Union zurückzuführen, und ein kleiner Teil ehemaliger FDP-Wähler entschied sich diesmal für die neu kandidierende Bürgerliste.

*Viele frühere Anhänger
der REPUBLIKANER
blieben zu Hause*

Auch für die **REPUBLIKANER** hatte die geringe Wahlbeteiligung Konsequenzen: Rund 1 400 ihrer Sympathisanten gingen diesmal überhaupt nicht wählen. Allerdings konnte die Partei dies durch leichte Zugewinne von ehemaligen SPD-Wählern zumindest teilweise ausgleichen. Ansonsten sorgten die Mobilisierungsdefizite der großen Parteien dafür, dass der REP-Anteil an den gültigen Stimmen fast unverändert blieb.

*Die übrigen Parteien
zeigten Mobilisierungsstärke*

Die **Linke Liste** und die erstmals zur Wahl angetretene **Bürgerliste Wiesbaden** erhielten Stimmenzuwächse von allen anderen Parteien mit Ausnahme der REPUBLIKANER. Überwiegend kam der Zuspruch von ehemaligen GRÜNEN- und FDP-Wählern. Viel entscheidender für ihren Wahlerfolg war aber, dass es der LiLi und noch mehr der BLW gelang, ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu mobilisieren.

Das Wählerwanderungs-Modell bietet die Möglichkeit, Tendenzen im Wechselverhalten der Wahlberechtigten zu erkennen und Richtung sowie Umfang der Wanderungsbewegungen abzuschätzen. Gewisse Risiken und Nebenwirkungen müssen allerdings in Kauf genommen werden: So besteht die Gefahr eines „ökologischen Fehlschlusses“, weil aus den aufsummierten Ergebnissen eines Wahlbezirks nicht mehr zwingend auf das individuelle Stimmverhalten der Wahlberechtigten im Wahlbezirk geschlossen werden kann. Eine präzise Messung von Wählerwanderungen ist auf diese Weise also nicht möglich und im Übrigen auch durch das Wahlgeheimnis ausgeschlossen.

Ergebnisse der Ortsbeiratswahlen im Überblick

Parteikonstellationen

in den einzelnen Ortsbezirken

Bei den diesjährigen Wahlen standen den Wähler/-innen in den 26 Ortsbezirken zwölf verschiedene Parteikonstellationen gegenüber, eine mehr als vor fünf Jahren. Da die BüSo und die BLW nur für die Stadtverordnetenwahl antraten, tauchten sie als Wahlvorschlag bei den Ortsbeiratswahlen nicht mehr auf. Dagegen trat die LiLi erstmals auch bei (neun) Ortsbeiratswahlen an.

Entgegen 2001 kandidierten beide Volksparteien nun bei allen Ortsbeiratswahlen, die GRÜNEN bei sechzehn, während die Freien Demokraten bei neunzehn Ortsbeiratswahlen antraten, zwei Kandidaturen weniger als 2001. Ebenfalls aus der „Fläche“ zurückgezogen haben sich die REPUBLIKANER. Sie hatten nur noch für acht (statt dreizehn in 2001) Ortsbeiräte Bewerber/-innen aufgestellt. Die Parteienkonstellation sah nun folgendermaßen aus:

Alt-Wiesbaden ...

In Alt-Wiesbaden bewarben sich neben den vier etablierten Parteien CDU, SPD, GRÜNE und FDP auch die LiLi - außer in Klarenthal -, während die REP in Alt-Wiesbaden nur noch in Klarenthal und im Rheingauviertel antraten. Eine solche Sechs-Parteienkonstellation war auch in Biebrich, Dotzheim und Kostheim anzutreffen, wo der Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF AKK) und die Freie Wählergemeinschaft Kostheim (FWG) Bewerber/-innen aufgestellt, die GRÜNEN jedoch darauf verzichtet hatten, so dass sich für diese Ortsbeiratswahl eine andere Wahlkonstellation ergab.

in den Außenbezirken ...

In Bierstadt, Erbenheim, Schierstein und Kastel konkurrierten fünf Parteien um das Ortsbeiratsvotum und zwar immer in einer anderen Konstellation: mal verzichtete die LiLi auf eine Kandidatur, mal die GRÜNEN bzw. die REP und in Kastel bewarb sich zusätzlich der AUF AKK.

In vier Ortsbezirken, nämlich in Sonnenberg, Rambach, Delkenheim und Breckenheim waren die vier etablierten Parteien unter sich, während in Auringen die Bürgervereinigung Freie Wähler (BFW) den Vier-Parteienantritt komplettierte und dort die FDP auf eine Bewerbung verzichtete.

Nicht wieder angetreten waren die GRÜNEN in Nordenstadt und Naurod, dort stellten sich neben den beiden Volksparteien die Freien Demokraten zur Wahl, in Igstadt neben den beiden Großen die GRÜNEN und in Kloppenheim ergänzte die Umweltgruppe (UMWELT) die Dreier-Konstellation. In den kleineren Ortsbezirken Heßloch, Frauenstein, Medenbach und Amöneburg konkurrierten nur die CDU und die SPD um die Stimmen für den Ortsbeirat.

Wie die einzelnen Parteien nun bei welchen Konstellationen und Mitkonkurrenten wie abgeschnitten haben, ist der Tabelle 26A im Anhang zu entnehmen.

Insgesamt waren in den Ortsbeiräten 282 Sitze zu vergeben, um die sich insgesamt 809 Kandidaten bewarben. In Kostheim und Biebrich konkurrierten die meisten Bewerber/-innen (61) um das Votum für den Ortsbeirat; in Biebrich sind mit 17 Sitzen auch die meisten Mandate bei Ortsbeiratswahlen zu vergeben. Die geringste Anzahl an Bewerber/-innen wurde für die Ortsbeiräte Amöneburg und Heßloch aufgestellt (7 bzw. 8).

Vielfach waren die Kandidaten für die Ortsbeiratswahlen in „Doppelfunktion unterwegs“. Von den 809 Bewerber/-innen kandidierten 28 % auch für die Stadtverordnetenversammlung oder anders betrachtet: Von den 391 Bewerber/-innen für das Stadtparlament wollten über die Hälfte (58 %) auch auf **Stadtteilebene** mitmischen. Die Ausprägung dieser „Doppelfunktion“ sah beispielsweise für die GRÜNEN folgendermaßen aus: 82 % ihrer Kandidaten fürs Stadtparlament stellten sich auch bei den Ortsbeiratswahlen zur Wahl; was anders formuliert rund 31 % aller Ortsbeiratskandidaten dieser Partei entsprach.

Für die Freien Demokraten sahen die Kombinationsverhältnisse noch eindeutiger aus: Rund 54 % aller Bewerber/-innen für die Ortsbeiratswahlen kandidierten auch für das Stadtparlament und 68 % der potentiellen Mandatsträger/-innen standen auch für die Ortsparlamente zur Wahl. Die Ausprägung dieser „Doppelfunktion“ für die verschiedenen politischen Gruppierungen ist der Tabelle 26 zu entnehmen.

Tab. 26: Bewerber/-innen in Doppelfunktion ...						
► Ortsbeiratswahl						
	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	REP	LiLi
Anzahl der Ortsbeiratskandidaten	254	254	91	97	36	32
- absolut	55	57	28	52	17	17
- in %	21,7	22,4	30,8	53,6	47,2	53,1
► Stadtverordnetenwahl						
	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	REP	LiLi
Anzahl der Stadtverordneten-kandidaten	81	81	34	76	30	36
- absolut	55	57	28	52	17	17
- in %	67,9	70,4	82,4	68,4	56,7	47,2
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung						

Sicherlich hat sich diese „Doppelfunktion“ für die einzelnen Bewerber/-innen ausgezahlt, insbesondere dann, wenn der Kandidat sowohl für das Stadtparlament als auch für die Ortsbeiratswahl auf einen „aussichtsreichen“ Platz von seiner Partei positioniert wurde.

Wie sich die Sitze auf die einzelnen Parteien und Wählergruppen in den 26 Ortsbeiräten verteilen ist umseitig dokumentiert, aus dem zeitlichen Vergleich von 2001 und 2006 lassen sich die Veränderungen erkennen. Darüber hinaus sind die Abstimmungsergebnisse für die einzelnen Bewerber/-innen in den 26 Ortsbeiräten der Tabelle 27A im Anhang zu entnehmen.

Tab. 27:
Sitzverteilung in den 26 Ortsbeiräten nach dem vorläufigen Wahlergebnis 2006
- Vergleich mit entsprechender Wahl 2001

Ortsbezirk	Sitze		Davon entfielen auf ...											
	insgesamt		CDU		SPD		GRÜNE		FDP		REP		Sonstige *)	
	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001
Mitte	15	15	4	4	5	5	4	4	1	1	x	1	1	-
Nordost	15	15	7	7	4	4	2	2	2	2	x	x	x	-
Südost	15	15	6	6	4	5	2	2	2	2	x	-	1	-
Rheingauv., Hollerb.	15	15	5	5	5	6	3	2	-	1	1	1	1	-
Klarenthal	11	11	3	4	5	4	1	-	1	2	1	1	x	-
Westend, Bleichstr.	15	15	3	3	5	6	5	4	1	1	x	1	1	-
Sonnenberg	9	9	4	4	2	2	2	1	1	2	x	x	x	-
Bierstadt	15	15	7	8	5	4	2	1	1	1	-	1	x	-
Erbenheim	11	11	4	4	5	5	x	x	1	1	1	1	-	-
Biebrich	17	17	6	6	6	7	2	2	2	1	1	1	-	-
Dotzheim	15	15	6	6	5	5	2	1	1	2	1	1	-	-
Rambach	7	7	3	3	2	3	1	x	1	1	x	-	x	-
Heßloch	5	5	3	5	2	x	x	x	x	x	x	x	x	-
Kloppenheim	7	7	2	3	3	3	x	x	x	-	x	x	2	1
Igstadt	7	7	3	3	3	3	1	1	x	-	x	x	x	-
Nordenstadt	11	11	6	5	4	5	x	-	1	1	x	x	x	-
Delkenheim	9	9	4	4	4	4	-	-	1	1	x	x	x	-
Schierstein	11	11	5	4	5	5	1	1	-	1	x	x	-	-
Frauenstein	7	7	3	3	4	4	x	x	x	x	x	x	x	-
Naurod	7	7	5	4	2	2	x	1	-	x	x	x	x	-
Auringen	7	7	3	2	1	2	1	1	x	x	x	-	2	2
Medenbach	7	7	4	4	3	3	x	x	x	-	x	x	x	-
Breckenheim	7	7	4	2	2	1	1	x	-	-	x	x	x	4
Amöneburg	7	7	3	3	4	4	x	x	x	x	x	x	x	x
Kastel	15	15	5	4	6	6	x	x	1	1	-	1	3	3
Kostheim	15	15	3	4	5	6	x	x	1	1	1	2	5	2
Sitze insgesamt	282	282	111	110	101	104	30	23	18	22	6	11	16	12

* Sonstige

2001 = In Kloppenheim = UMWELT; in Auringen = BFW; in Breckenheim FWG BR und in Amöneburg, Kastel und Kostheim = AUF

2006 = In Mitte, Nordost, Südost, Rheingauviertel, H., Westend, B., Erbenheim, Biebrich, Dotzheim, Schierstein = LiLi; in Kloppenheim = UMWELT; in Auringen = BFW, in Kostheim = FWG und in Kastel und Kostheim = AUF

x = im betr. Ortsbezirk nicht kandidiert. - = keinen Sitz erhalten



Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8400_21R.XLS

Zum Abschneiden ausgewählter Bewerber/-innen

*Bessere Bedingungen
für Kumulieren und Panaschieren
auf der Ortsbezirksebene*

Während es auf Großstadtebene für den Wähler eigentlich schwer sein dürfte, die Kandidaten für das Stadtparlament auch nur annähernd zu „kennen“, dürfte dies für die Kandidaten auf Stadtteilebene nicht oder nicht in dem Maße zutreffen.

Auf Ortsbezirksebene sind die Kommunikationsbeziehungen zwischen Wähler und Kandidat nicht so anonym, insbesondere dann nicht, wenn die örtliche Bevölkerung alteingesessen, d. h. die Bevölkerungsfluktuation nicht groß und möglicherweise auch noch ein funktionierendes Vereinsleben vorhanden ist. Selbst in solch eher dörflichen Strukturen kennen sich Wähler und Kandidat nur im Idealfall tatsächlich bzw. sind persönlich miteinander bekannt. Dennoch hat der Wähler ein hinreichend bestimmtes Bild, eine persönliche Vorstellung von den Kandidaten und diese „Kenntnis“ ist Voraussetzung für ein persönlichkeitsorientiertes, parteiübergreifendes und parteipolitisch unabhängiges Wahlverhalten. D. h. von den Möglichkeiten des neuen Kommunalwahlrechts, vom Kumulieren und Panaschieren, wird der Wähler auf Stadtteilebene wesentlich mehr Gebrauch machen als auf Gesamtstadtebene. Allerdings gibt es in Wiesbaden Ortsbezirke, die zum einen eher als „künstliche Gebilde“ zu sehen sind und zum anderen Stadtteile, die durch hohe Bevölkerungsfluktuation gekennzeichnet sind, d. h. über ein geringes Integrationsvermögen verfügen. Beide Sachverhalte treffen auf die innerstädtischen Bereiche zu, auf Ortsbezirke, die die City charakterisieren oder um diese gelagert sind. Da es in diesen Stadtteilen sicherlich nicht jene wahlrelevante „Kenntnis“ vom Kandidaten gibt, wird in solchen eher anonymen Teilräumen das Wahlverhalten stärker einer Listenwahl ähneln. Bei der Kommunalwahl 2001 hatte sich schon gezeigt, dass die Wähler/-innen bei den Ortsbeiratswahlen erheblich mehr persönlichkeitsorientiert votiert haben als bei der Stadtverordnetenwahl. Dieser Tatbestand geht erneut aus Tabelle 28 hervor.

Tab. 28:
Die Nutzung des Wahlsystems bei der Stadtverordnetenwahl
und bei den Ortsbeiratswahlen 2006 / 2001

Bei der ...	Von den Wählerinnen und Wähler ...									
	wählten wie bisher 1)		nutzten die Möglichkeiten des neuen Wahlrechts							
			zusammen		mit einem Listenkreuz				ohne Listenkreuz	
					... und Veränderung im Wahlvorschlag		... und panaschierten Stimmen			
	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001
in %										
<u>Stadtverordnetenwahl</u>	56,6	56,0	43,4	44,0	17,5	20,7	15,8	14,3	10,1	9,0
<u>Ortsbeiratswahl</u> 2)										
Mitte	68,6	67,4	31,4	32,6	10,8	13,1	6,8	6,5	13,8	13,0
Nordost	69,3	65,8	30,7	34,2	11,7	15,2	6,7	7,5	12,3	11,5
Südost	62,1	64,8	37,9	35,2	15,8	15,8	8,0	7,5	14,1	11,9
Rheingauviertel, H.	60,4	62,8	39,6	37,2	14,4	17,4	9,1	7,2	16,2	12,6
Klarenthal	52,1	49,1	47,9	50,9	21,8	23,8	6,5	9,1	19,6	18,0
Westend, B.	62,7	63,2	37,3	36,8	11,5	17,0	9,5	7,6	16,3	12,3
Sonnenberg	52,4	49,2	47,6	50,8	16,6	19,6	6,1	7,6	24,9	23,6
Bierstadt	48,2	44,4	51,8	55,6	23,0	26,3	8,5	10,2	20,3	19,1
Erbenheim	46,0	45,6	54,0	54,4	20,9	24,9	6,6	7,4	26,4	22,1
Biebrich	54,2	55,6	45,8	44,4	19,7	21,3	11,0	9,8	15,1	13,3
Dotzheim	54,5	56,3	45,5	43,7	19,1	19,5	8,9	9,0	17,5	15,3
Rambach	33,9	31,4	66,1	68,6	20,5	28,6	8,2	6,2	37,4	33,8
Heßloch	29,5	x	70,5	x	20,0	x	4,8	x	45,8	x
Kloppenheim	31,8	32,6	68,2	67,4	21,9	26,3	7,2	7,4	39,1	33,7
Igstadt	41,2	41,4	58,8	58,6	24,8	25,4	4,7	5,9	29,3	27,2
Nordenstadt	42,9	37,6	57,1	62,4	26,7	27,4	8,1	11,0	22,3	24,0
Delkenheim	41,1	40,7	58,9	59,3	25,2	25,3	8,1	8,4	25,7	25,6
Schierstein	38,0	46,7	62,0	53,3	30,3	28,2	6,9	6,7	24,8	18,5
Frauenstein	30,9	34,6	69,1	65,4	28,8	31,6	7,1	4,9	33,2	29,0
Naurod	37,2	34,0	62,8	66,0	25,3	29,4	4,2	5,7	33,3	31,0
Auringen	36,8	34,7	63,2	65,3	19,3	21,2	8,3	10,8	35,6	33,2
Medenbach	35,6	38,6	64,4	61,4	28,6	21,8	3,6	5,8	32,1	33,8
Breckenheim	39,5	44,1	60,5	55,9	21,1	17,4	6,0	7,6	33,4	30,8
Amöneburg	48,2	40,2	51,8	59,8	25,1	34,6	1,6	2,2	25,1	22,9
Kastel	51,5	47,9	48,5	52,1	19,1	23,1	8,4	10,1	21,1	18,9
Kostheim	42,1	44,8	57,9	55,2	20,6	21,4	9,9	10,6	27,4	23,1
Insgesamt	52,7	52,8	47,3	47,2	19,0	20,9	8,0	8,3	20,4	18,0

1) Unveränderte Annahme eines Wahlvorschlags.

2) In Heßloch fand 2001 eine Personenwahl statt.

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

8470_03S.XLS



„Echte“

*Kumulierer und Panaschierer
relativ häufig*

Die echten „Kumulierer und Panaschierer“ sind in der letzten Spalte der Tabelle zu finden. Sie orientieren sich bei ihrer Stimmenabgabe allein an den Kandidaten. Während bei der Stadtverordnetenwahl 2006 nur 10 % der Wähler/-innen „frei votierten“, waren es bei den Ortsbeiratswahlen immerhin zwischen 12 % und 46 %. Erkennbar wird der Mehrgebrauch der neuen Möglichkeiten bei den Ortsbeiratswahlen auch an dem geringeren Anteil an unveränderten Wahlvorschlägen (vgl. Tabelle 28).

Außer Acht darf jedoch nicht gelassen werden, dass auch die Anzahl der zur Verfügung stehenden Stimmen Einfluss auf das Wahlverhalten hat. Transparente und überschaubare Stimmenverhältnisse liegen im Vergleich zur Gesamtstadt in allen Ortsbezirken vor.

*Idealtypische Verhältnisse
für eine Persönlichkeitswahl
in Frauenstein und Naurod*

Konzentriert man sich nun auf jene Stadtteile, in denen die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine parteiübergreifende Persönlichkeitswahl fast idealtypisch vorhanden sind, dann fallen zunächst zwei Stadtteile ins Auge: Frauenstein im Westen und Naurod im Osten der Stadt. Beide Ortsbezirke verfügen über eine alteingesessene Kernbevölkerung und ein vielfältiges Vereinsleben, die Lebensverhältnisse sind transparent und der Nachbarschaftsgedanke ist noch nicht verloren gegangen. Parteipolitisch liegen jedoch unterschiedliche Verhältnisse vor. Während in Frauenstein die SPD mit ihrem Zugpferd Adolf Lupp bei den Ortsbeiratswahlen in den letzten 25 Jahren immer erfolgreicher abschnitt als die CDU, sind die politischen Verhältnisse in Naurod genau umgekehrt. Hier heißt das Zugpferd Wolfgang Nickel und hatte für sich und seine Partei in nahezu drei Jahrzehnten immer die Nase vorn. Als Ortsvorsteher mit langjähriger Beirats Erfahrung war bei ihm mit seinem Bekanntheitsgrad von einer starken Persönlichkeitswahl auszugehen. Sein Pendant in Frauenstein stand ihm aber, was den Bekanntheitsgrad anbelangt, in nichts nach.

In Tabelle 29 sind die Stimmen für den herausragenden Spitzenkandidaten und für die jeweilige Partei aufgeführt. Die herausragende Stellung des Kandidaten lässt sich am Stimmenanteil für seine Person erkennen, den er zum Gesamtergebnis seiner Partei beigetragen hat.

So konnte Adolf Lupp in Frauenstein fast 34 % aller SPD-Zustimmungen für sich verbuchen; in Naurod gelang es Wolfgang Nickel mit einem nahezu gleich hohen Anteil die Bedeutung seiner Person für den Stadtteil zu demonstrieren.

Tab. 29:
Stimmenbeitrag des Spitzenkandidaten
zum Gesamtergebnis der Partei
- Ortsbeiratswahlen 2006 / 2001

Bewerber/-in für den Ortsbeirat	Stimmen für ...				Stimmenanteil des Kandidaten am Parteiergebnis	
	den Kandidaten		die entsprechende Partei			
	2006	2001	2006	2001	2006	2001
	abs.				%	
Frauenstein A. Lupp, SPD	1 282	1 517	3 814	4 803	33,6	31,6
Naurod W. Nickel, CDU	3 191	3 397	9 632	9 695	33,1	35,0
Delkenheim R. Maaß, SPD	1 863	1 985	5 872	7 520	31,7	26,4
Sonnenberg Dr. W. Jopp, CDU	2 426	3 129	12 913	15 693	18,8	19,9
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung 						

Neben Frauenstein und Naurod lassen sich noch einige andere Stadtteile anführen, deren gesellschaftsstrukturelle Bedingungen eine gute Voraussetzung für Persönlichkeitswahlen darstellen. An dieser Stelle sollen jedoch zwei Ortsbezirke in die Betrachtung einbezogen werden, die von ihrer Bevölkerungszahl größer sind, dennoch über langjährig agierende Ortsvorsteher verfügen: Delkenheim und Sonnenberg.

In Delkenheim traten die vier etablierten Parteien mit insgesamt 22 Kandidaten an, in Sonnenberg hatten die SPD, die GRÜNEN und die FDP mehr Mitstreiter aufgestellt, dort kämpften 33 Bewerber/-innen um die Wählerstimmen.

Aufgrund der höheren Einwohnerzahl verfügen diese Ortsbezirke bei Ortsbeiratswahlen über neun Sitze, d. h. jeder Wähler kann auch neun Stimmen abgeben.

Tabelle 29 macht deutlich, welchen Beitrag die Spitzenkandidatin der SPD in Delkenheim und der Spitzenkandidat der CDU in Sonnenberg zum Gesamtergebnis ihrer Partei jeweils beigetragen haben. Beide, Regina Maaß wie Dr. Werner Jopp sind langjährige Ortsvorsteher in ihrem Stadtteil und entsprechend bekannt. Beide haben von der Möglichkeit der Persönlichkeitswahl profitiert, Dr. Jopp allerdings deutlich weniger als seine Kollegin in Delkenheim, die bei einer Vier-Parteienkonstellation immerhin auf einen Eigenanteil von 32 % am Parteiergebnis blicken kann; Dr. Jopp brachte es bei gleicher Parteienkonstellation, aber mehr Mitstreiter auf 19 % (vgl. Tab. 29).

Bearbeiter: Britta Dollinger und Jörg Härle

